

Zwischenbericht zum 31. März 2007

1. QUARTAL 2007



Deutsche Bank

DER KONZERN IM ÜBERBLICK

	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	100,84 €	94,25 €
Aktienkurs höchst	110,00 €	96,19 €
Aktienkurs tiefst	90,60 €	81,17 €
Ergebnis je Aktie (basic)	4,47 €	3,46 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	4,28 €	3,11 €
Ausstehende Aktien (basic, Durchschnitt), in Mio	475	473
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	496	526
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	24,8 %	22,6 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	36,9 %	35,7 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	44,6 %	42,2 %
Aufwand-Ertrag-Relation ¹	65,9 %	67,4 %
Personalaufwandsquote ²	45,2 %	45,2 %
Sachaufwandsquote ³	20,7 %	22,2 %
	in Mio €	in Mio €
Erträge insgesamt	9.576	8.013
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	98	9
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.315	5.403
Ergebnis vor Steuern	3.163	2.601
Gewinn nach Steuern	2.132	1.649
	31.3.2007	31.12.2006
	in Mrd €	in Mrd €
Bilanzsumme	1.747	1.572
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36,2	32,7
BIZ-Kernkapitalquote (Tier-I)	8,7 %	8,5 %
	Anzahl	Anzahl
Niederlassungen	1.814	1.717
davon in Deutschland	994	934
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	73.114	68.849
davon in Deutschland	27.422	26.401
Langfristrating		
Moody's Investors Service	Aa3	Aa3
Standard & Poor's	AA-	AA-
Fitch Ratings	AA-	AA-

Die Überleitung des durchschnittlichen Active Equity und darauf basierender Kennzahlen befindet sich auf Seite 60 dieses Berichts.

- 1 Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt plus zinsunabhängige Erträge.
- 2 Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt plus zinsunabhängige Erträge.
- 3 Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt plus zinsunabhängige Erträge.

Auf Grund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

// Brief des Vorstandsvorsitzenden	2
// Lagebericht	5
// Bescheinigung der unabhängigen beim PCAOB registrierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	15
// Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	16
// Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen	17
// Konzernbilanz	18
// Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	19
// Konzern-Kapitalflussrechnung	20
// Grundlage der Erstellung	21
// Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze	22
// Segmentberichterstattung	39
// Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	42
// Angaben zur Bilanz	44
// Sonstige Finanzinformationen	47
// Überleitung der Ergebnisse von US GAAP auf IFRS	52
// Sonstige Informationen	60
// Impressum	62

Stärkste Quartale und Erträge,

trotz zeitweise turbulenter Märkte war die Deutsche Bank im ersten Quartal außerordentlich erfolgreich. Vor dem Hintergrund größer gewordener Kurschwankungen und markanter Korrekturen an den Aktienmärkten erzielten wir das beste Ergebnis unserer Geschichte in einem ersten Quartal. Dies unterstreicht die Stärke und Widerstandsfähigkeit unseres Geschäftsmodells.

Nach einem guten Jahresauftakt in den ersten zwei Monaten 2007 nahm die Volatilität an den Finanzmärkten erheblich zu, da wachsende Ausfälle bonitätschwacher Schuldner am US-Hypothekenmarkt für Beunruhigung sorgten. Auch die Aktienindizes gingen Anfang März kräftig zurück – sowohl in Industrieland als auch in Schwellenländern. Mit nachlassenden Befürchtungen gegen Ende des Quartals erholten sich die weltweiten Aktienmärkte aber wieder deutlich. In diesem sich schnell verändernden Umfeld zeigt unser hervorragendes Quartalsergebnis, dass wir mit unseren breit diversifizierten Geschäftsaktivitäten in wichtigen Bereichen erfolgreich sind und dass wir unsere geschäftlichen Möglichkeiten auch bei unterschiedlichen Marktbedingungen profitabel nutzen können. Schließlich zahlt sich unsere Ausrichtung auf hochwertige Dienstleistungen für unsere Kunden aus.

Die Erträge von 9,6 Mrd € im Berichtsquartal übertrafen das Vorjahresquartal um 20 %. Das Vorsteuerergebnis verbesserte sich um 22 % auf 3,2 Mrd €, während der Gewinn nach Steuern um 29 % auf 2,1 Mrd € anstieg – beides Spitzenwerte für ein erstes Quartal. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) erhöhte sich um 1,17 € auf 4,28 € und die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) auf 45 %. Gemäß unserer Zielgrößendefinition, bei der bestimmte signifikante Gewinne und Belastungen unberücksichtigt bleiben, ergab sich ein Ergebnis je Aktie (verwässert) von 3,88 € und eine Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von 41 %.

Der Konzernbereich Corporate and Investment Bank erzielte aus Erträgen in Höhe von 6,7 Mrd € ein Vorsteuerergebnis in Rekordhöhe von 2,4 Mrd €, das den bereits sehr hohen Vorjahresstand nochmals um 11 % übertraf. In zeitweise äußerst volatilen Märkten erwirtschafteten wir im Verkauf und Handel mit Wertpapieren (Sales & Trading) sowohl im Geschäft mit Aktien als auch mit Schuldtiteln und sonstigen Produkten Erträge in bislang unerreichtem Umfang. Darin spiegeln sich die Qualität unseres Geschäfts und seine nachhaltige Ertragskraft auch unter schwierigen Marktbedingungen wider. Besonders erfolgreich waren wir im Geschäft mit Aktienderivaten und mit Kreditprodukten sowie im Devisenhandel, der bei der jährlichen Umfrage der Fachzeitschrift Euro money zum dritten Mal in Folge den ersten Platz weltweit errang. Im Bereich Corporate Finance konnten wir die höchsten jemals erzielten Erträge im Bera-

Dr. Josef Ackermann

Vorsitzender des Vorstands und des
Group Executive Committee



tungsgeschäft verbuchen und insbesondere hochverzinsliche Schuldtitel vermehrt begeben. Wir arbeiten derzeit intensiv an der Vorbereitung zahlreicher hochkarätiger Unternehmenstransaktionen. Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking steigerte im ersten Quartal die Erträge auf 612 Mio€ und verbesserte damit sein Vorsteuerergebnis um 18 % auf 214 Mio€, wozu sowohl Europa als auch Asien überdurchschnittlich beitrugen.

Im Konzernbereich Private Clients and Asset Management blieb das Vorsteuerergebnis von 481 Mio€ um 10 % hinter dem Ergebnis des Vorjahresquartals zurück. Das Vorsteuerergebnis im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) nahm um 19 % auf 188 Mio€ ab. Ursächlich hierfür waren vor allem niedrigere Erfolgsprovisionen aus dem Immobilienanlagegeschäft im Vergleich zum Vorjahresquartal. AWM konnte Nettomittelzuflüsse von 8 Mrd€ einwerben, die künftig ertragswirksam werden. Der Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) erwirtschaftete mit 293 Mio€ sein bislang zweithöchstes Quartalsergebnis, obwohl im Berichtszeitraum die geschäftliche Expansion in Polen und Asien sowie Kosten im Zusammenhang mit der Integration von Berliner Bank und norisbank zu verkraften waren. PBC sind im ersten Quartal 7 Mrd€ neue Anlagegelder von Kunden zugeflossen.

Unser strenges Kosten-, Risiko- und Kapitalmanagement haben wir fortgeführt. Die Aufwand-Ertrag-Relation verbesserte sich gegenüber dem guten ersten Quartal 2006 auf 66 %. Unsere Kernkapitalquote lag am Ende des Berichtsquartals mit 8,7% im oberen Bereich unseres Zielkorridors von 8 % bis 9 % und damit etwas über ihrem Wert zum Jahresende 2006. Die risikogewichteten Aktiva stiegen infolge höherer Derivatepositionen sowie der Integration unserer jüngsten Akquisitionen um insgesamt 10 Mrd€ auf 285 Mrd€.

Im weiteren Jahresverlauf von 2007 dürften die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterhin positiv bleiben. Ungeachtet der derzeitigen Korrektur im Wohnungsmarkt sieht die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten insgesamt robust aus. In Europa scheinen Wachstumsdynamik und Zukunftsvertrauen nicht zuletzt deshalb stabil, weil die anhaltende Leistungsstärke und der Optimismus der deutschen Wirtschaft auf die Eurozone ausstrahlen. In wichtigen Schwellenländern, insbesondere China, Indien und ölproduzierenden Ländern bestehen gute Voraussetzungen, um die hohen Wachstumsraten beizubehalten.

Vor diesem Hintergrund ist die Deutsche Bank hervorragend positioniert, auch weiterhin in ihren Geschäftsfeldern profitabel zu wachsen. Unsere internationale Präsenz bietet uns beste Möglichkeiten für die Betreuung unserer Kunden in einer zunehmend globalisierten Welt. Die ungebrochene Expansion der Kapitalmärkte sowohl in den Industrie- als auch in den Schwellenländern kommt uns angesichts unserer führenden Position im Investment Banking zugute. Die weltweit steigende Vermögensbildung und Nachfrage nach privaten Altersvorsorgeprodukten erfordern ein immer differenzierteres Anlagespektrum. Dieser Trend kommt unserem leistungsfähigen Vermögensanlagegeschäft in idealer Weise entgegen. Durch Investitionen in unserem Heimatmarkt Deutschland, wozu sowohl Akquisitionen als auch Wachstum aus eigener Kraft gehören, profitieren wir von der Stärke der größten Volkswirtschaft in der Eurozone.

Natürlich gibt es in unserem Geschäftsumfeld auch zahlreiche Unsicherheitsfaktoren. Das erste Quartal hat gezeigt, dass immer mit kurzfristigen Rückschlägen an den globalen Finanzmärkten gerechnet werden muss. Die anhaltende Konsolidierung unserer Branche, die auch grenzüberschreitende Fusionen in Europa einschließt, kann die Wettbewerbsintensität verändern. Wir sind überzeugt, dass die Deutsche Bank gut gerüstet ist, um diese Herausforderungen zu meistern. In strategischer Hinsicht verfügen wir über eine starke Position. Im Mittelpunkt unserer Wachstumsstrategie steht weiterhin, organisch und durch gezielte ergänzende Akquisitionen zu expandieren. Dank eines klaren und disziplinierten Kurses konnten wir in unserem Kerngeschäft führende Marktstellungen erreichen, konzernweite Ertrags- wie Kostenvorteile realisieren und eine ausgeprägte Gewinndynamik entfalten.

Zusammen mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Bank bin ich stolz, unseren Aktionären erneut ein herausragendes Ergebnis präsentieren zu können. In Ihrem Interesse werden wir die aktuelle Phase drei unserer Managementagenda unverändert zielstrebig umsetzen. Bei stabilen geopolitischen und ökonomischen Rahmenbedingungen sind wir zuversichtlich, dass wir profitabel weiterwachsen und Mehrwert für unsere Aktionäre schaffen.

Wir freuen uns darauf, Sie bei unserer Hauptversammlung am 24. Mai 2007 in der Frankfurter Festhalle begrüßen zu können, um mit Ihnen die Lage und die Perspektiven der Deutschen Bank zu diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen



Josef Ackermann

Vorsitzender des Vorstands und
des Group Executive Committee

Frankfurt am Main, im Mai 2007

Lagebericht

ÜBERBLICK ZUR ERTRAGSLAGE

Die Deutsche Bank hat für das erste Quartal 2007 ein Ergebnis vor Steuern von 3,2 Mrd € bekannt gegeben, ein Anstieg von 22 % gegenüber 2,6 Mrd € im ersten Quartal 2006. Der Gewinn nach Steuern stieg um 29 % auf 2,1 Mrd € gegenüber 1,6 Mrd € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) stieg auf 45 %, verglichen mit 42 % im Vorjahresquarter. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) erreichte 4,28 € gegenüber 3,11 € im ersten Quartal 2006. Gemäß der Zielgrößendefinition der Bank, bei der signifikante Gewinne und Aufwendungen unberücksichtigt bleiben, betrug die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) 41 % in diesem Quartal und das Ergebnis je Aktie (verwässert) 3,88 €.

WESENTLICHE ERGEBNISGRÖSSEN

Die ERTRÄGE im Berichtsquarter beliefen sich auf 9,6 Mrd € und übertrafen damit das erste Quartal 2006 um 20 %. Der Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) verbesserte seine Erträge in Sales & Trading um 16 % auf 5,1 Mrd €. Dabei erwirtschafteten die Bereiche Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) und Sales & Trading (Equity) jeweils Rekorderträge. In Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) stiegen die Erträge um 20 % auf 3,4 Mrd €, während Sales & Trading (Equity) einen Ertragszuwachs von 11 % auf 1,7 Mrd € erzielte. Im Emissionsgeschäft nahmen die Erträge auf Grund eines starken Wachstums des Geschäfts mit hochverzinslichen Schuldtiteln um 15 % auf 547 Mio € zu. Die Erträge im Beratungsgeschäft lagen mit 251 Mio € auf Rekordhöhe und verbesserten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 24 %. Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) konnte seine Erträge um 14 % auf 612 Mio € steigern.

Im Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) nahmen die Erträge gegenüber dem ersten Quartal 2006 um 3 % auf 2,4 Mrd € zu. Die Erträge im Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) stiegen um 9 % auf 1,4 Mrd €, was teilweise auf die Konsolidierung von Berliner Bank und norisbank zurückzuführen war. Im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) gingen die Erträge im Vergleich zum Vorjahresquarter um 5 % auf 1,0 Mrd € zurück und spiegelten zum Teil niedrigere Gewinne und erfolgsabhängige Provisionen im Immobilien-Investmentgeschäft des Unternehmensbereichs Asset Management wider.

Die Erträge im Konzernbereich Corporate Investments (CI) beinhalteten einen Gewinn von 159 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (vorwiegend Fiat). Das Vergleichsquarter des Vorjahres enthielt demgegenüber einen Gewinn von 131 Mio €, der aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO resultierte. Im Berichtsquarter wurde in den Erträgen von CI außerdem ein Ergebnis von 178 Mio € aus der nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligung der Bank an der Deutsche Interhotel Holding verbucht. In diesem Zusammenhang wurde eine Werthaltigkeitsprüfung des Goodwills von CI durchgeführt, die zu einer Abschreibung von 54 Mio € führte, die in den zinsunabhängigen Aufwendungen ausgewiesen wurde.

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT betrug im Berichtsquarter 98 Mio €, verglichen mit 9 Mio € im ersten Quartal 2006. Diese Entwicklung war auf deutlich höhere Eingänge aus abgeschriebenen Krediten und Auflösungen von Wertberichtigungen in CIB im Vorjahresquarter zurückzuführen. Die vorliegenden Quartalszahlen spiegeln daneben einen Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft infolge der Konsolidierung von norisbank und Berliner Bank in PBC wider. Zum Ende des Quartals gingen die wertgeminderten Kredite unter IFRS auf 2,6 Mrd € im Vergleich zu 2,7 Mrd € zum Ende des vierten Quartals 2006 zurück.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN lagen im Berichtsquarter mit 6,3 Mrd € um 17 % über denen des Vorjahresquartals. Der Personalaufwand stieg von 3,6 Mrd € im ersten Quartal 2006 auf 4,3 Mrd €. Diese Entwicklung spie-

gelte einen Anstieg der leistungsabhängigen Vergütungen im Zusammenhang mit dem sehr guten Geschäftsergebnis, die Konsolidierung der vorgenannten Akquisitionen und die nach IFRS 2 beschleunigte ergebniswirksame Erfassung von aktienbasierten Vergütungen an solche Mitarbeiter wider, welche bei vorgezogenem Ruhestand ihre Ansprüche behalten. Der Sachaufwand im Berichtsquartal betrug 2,0 Mrd€ nach 1,8 Mrd€ im Vorjahresquartal. Die Neukonsolidierungen und die vorgenannte Goodwillabschreibung im Zusammenhang mit Interhotel in CI trugen zu diesem Anstieg bei, der teilweise durch geringere Restrukturierungsaufwendungen ausgeglichen wurde.

Im Berichtsquartal blieb die Personalaufwandsquote mit 45 % unverändert gegenüber dem Vorjahresquartal, während sich die Sachaufwandsquote von 22 % im Vorjahresquartal auf 21 % reduzierte.

Das ERGEBNIS VOR STEUERN von 3,2 Mrd€ verbesserte sich gegenüber dem ersten Quartal 2006 um 22 %. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) erreichte 45 % im Vergleich zu 42 % im Vorjahresquartal. Gemäß unserer Zielgrößendefinition, bei der signifikante Gewinne (nach Abzug damit verbundener Aufwendungen) von 252 Mio€ im Berichtsquartal und 131 Mio€ im Vorjahresquartal unberücksichtigt bleiben, ergab sich im ersten Quartal 2007 eine Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von 41 %, verglichen mit 40 % im ersten Quartal 2006.

Der GEWINN NACH STEUERN lag im Berichtsquartal mit 2,1 Mrd€ um 29 % über dem ersten Quartal 2006. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) stieg gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,17 € (38 %) auf 4,28 €. Die Steigerung des Ergebnisses je Aktie (verwässert) gegenüber dem Vorjahresquartal war begünstigt durch einen Rückgang der Anzahl von Aktien mit verwässerndem Effekt. Dieser Rückgang resultierte aus einer Ende 2006 erfolgten Modifizierung bestimmter Derivatekontrakte auf Deutsche Bank-Aktien, die dem Handelsbestand zuzurechnen sind. Bereinigt um diesen Effekt, wäre das Ergebnis je Aktie (verwässert) gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,02 € (31 %) angestiegen. Die effektive Steuerquote betrug 33%, verglichen mit 37% im Vorjahresquartal. Die geringere effektive Steuerquote im Berichtsquartal war im Wesentlichen durch den Ansatz von Steuererstattungen als Folge von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zur Nichtvereinbarkeit bestimmter steuerlicher Regelungen in Deutschland mit europäischem Recht bedingt.

Die BIZ-KERNKAPITALQUOTE (TIER-I) stieg von 8,5 % zum Ende des vierten Quartals 2006 auf 8,7 % zum Ende des Berichtsquartals. Sie blieb damit am oberen Ende unserer Zielbandbreite von 8 % bis 9 %. Die risikogewichteten Aktiva erhöhten sich zum Ende des Berichtsquartals gegenüber dem Ende des Vorquartals um 10 Mrd€ auf 285 Mrd€. Dies war im Wesentlichen auf gestiegene Derivatepositionen und die Konsolidierung der Berliner Bank zurückzuführen. Im Berichtsquartal hat die Bank 3,3 Mio Aktien im Gegenwert von insgesamt 341 Mio€ zu einem durchschnittlichen Rückkaufpreis von 102,92€ je Aktie zurück erworben. Auf der Hauptversammlung in Frankfurt am 24. Mai 2007 werden wir unsere Aktionäre um Genehmigung weiterer Aktienrückkäufe sowie eine Erhöhung der Dividende um 60 % auf 4,00€ je Aktie bitten.

SEGMENTÜBERBLICK

KONZERNBEREICH CORPORATE AND INVESTMENT BANK (CIB)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Erträge insgesamt	6.729	5.720	1.009	18
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-20	-72	52	-72
Zinsunabhängige Aufwendungen	4.347	3.622	724	20
Minderheitsanteile	8	11	-3	-23
Ergebnis vor Steuern	2.394	2.159	235	11

Der Konzernbereich CIB erzielte im ersten Quartal 2007 Erträge in Höhe von 6,7 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg von 18 % (1,0 Mrd €) gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres. Die zinsunabhängigen Aufwendungen betrugen 4,3 Mrd € und waren um 20% (724 Mio €) höher als im ersten Quartal 2006. Das Ergebnis vor Steuern betrug im ersten Quartal 2007 2,4 Mrd € und lag damit um 11 % (235 Mio €) über dem Ergebnis des Vergleichs quartals 2006.

UNTERNEHMENSBEREICH CORPORATE BANKING & SECURITIES (CB&S)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Erträge insgesamt	6.117	5.185	933	18
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-21	-56	35	-63
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.949	3.252	697	21
Minderheitsanteile	8	11	-3	-23
Ergebnis vor Steuern	2.180	1.978	203	10

Der Produktbereich SALES & TRADING (DEBT UND SONSTIGE PRODUKTE) erwirtschaftete im Berichtsquartal Rekordträge in Höhe von 3,4 Mrd €. Dies stellt einen Anstieg von 20 % gegenüber dem bisherigen Rekordwert im ersten Quartal 2006 dar. Ein besonders starkes Ertragswachstum verzeichneten wir in unserem kreditrisikobezogenen Geschäft, das von einer günstigen Marktpositionierung und einer zunehmenden Investitionstätigkeit bei Hedgefonds und traditionellen Vermögensverwaltern profitierte. Unser Devisenhandelsgeschäft, das mit einem Marktanteil von mehr als 19 % im dritten Jahr in Folge vom Fachmagazin *Euromoney* zur weltweiten Nummer 1 gekürt wurde, erzielte auf Grund gestiegener Kundenvolumina und höherer Volatilität auf den wichtigsten Devisenmärkten Rekordträge. Auch die Erträge aus Geldmarktinstrumenten erreichten im Berichtsquartal ein Rekordniveau. Die Höhe der Erträge aus Zinsprodukten und dem Emerging-Markets-Geschäft war nahezu identisch mit dem sehr guten Ergebnis des Vorjahresquartals. Die Entwicklung im Geschäft mit Rohstoffen war im Vergleich sehr positiv, auch wenn dieses Geschäftsfeld weiterhin einen verhältnismäßig kleinen Anteil unseres Gesamtportfolios ausmacht.

Die Erträge aus SALES & TRADING (EQUITY) stiegen im ersten Quartal 2007 auf die neue Rekordhöhe von 1,7 Mrd € und lagen damit um 11 % über dem ersten Quartal 2006. Auf Grund einer erheblichen Erhöhung unserer Geschäftsvolumina in Europa mit Intermediären im Privatkundengeschäft sowie direkt mit Privatanlegern konnten wir im Geschäft mit Aktienderivaten besonders starke Ertragszuwächse verzeichnen. Die höheren Erträge in unserem Aktienkassageschäft basierten auf Zuwächsen in Europa und insbesondere in Asien, wo wir mit der erfolgreichen Einführung unseres verbesserten Direct-Market-Access-Produkts unsere Kundenbasis ausbauen konnten. Im Prime-Services-Geschäft sahen wir ein fortgeführtes Wachstum und errangen Platz 2 in der Umfrage von *Global Custodian*. Die Erträge aus unserem ausgewiesenen Aktieneigenhandelsgeschäft blieben im Berichtsquartal hinter dem sehr hohen Ergebnis im Vorjahresquartal zurück.

Im EMISSIONS- UND BERATUNGSGESCHÄFT stellten die Erträge einen neuen Rekord für ein erstes Quartal dar und lagen mit 797 Mio € um 17 % über dem Niveau des Vorjahresquartals. Die Erträge aus dem Emissionsgeschäft (Debt)

spiegelten weiterhin Marktaktivität auf Rekordniveau im Leveraged-Finance-Geschäft wider. Wir verbesserten uns auf einen weltweit zweiten Platz in der Rangliste für hochverzinsliche Anleihen und syndizierte Kredite (gemessen am Provisionsaufkommen). Die Erträge im Geschäft mit Investment-Grade-Bonds waren im Wesentlichen unverändert zum Vorjahresquartal, während die Erträge im Geschäft mit syndizierten Krediten mit Investment-Grade-Bonität gegenüber dem hohen Niveau des Vorjahresquartals zurückgingen. Im Emissionsgeschäft (Equity) waren die Erträge rückläufig und spiegelten damit die aktuelle Struktur unserer Geschäfte wider. Wir behaupteten dennoch unsere Position in den Ranglisten (gemessen am Provisionsaufkommen). Im Emissionsgeschäft insgesamt wuchsen unsere Provisionserträge prozentual stärker als die des Gesamtmarkts. Im Beratungsgeschäft verzeichneten wir auf Grund anhaltend hoher Provisionsaufkommen und Auftragsvolumina Rekorderträge. Auch der Auftragsbestand erreichte weiterhin sehr gute Werte. (Quellen für alle Positionen, Marktvolumina und Informationen zu Provisionsaufkommen: *Thomson Financial, Dealogic*)

Die Erträge aus dem KREDITGESCHÄFT von 320 Mio€ im ersten Quartal 2007 waren um 48 % höher als im ersten Quartal 2006. Der Anstieg war vorwiegend auf Gewinne aus dem Verkauf von Eigenkapitaltiteln aus restrukturierten Krediten unseres Leveraged-Loan-Portfolios und auf ein gegenüber dem Vorjahresquartal stabileres Umfeld für Credit Spreads zurückzuführen.

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT im Unternehmensbereich CB&S zeigte im ersten Quartal 2007 eine Nettoauflösung von 21 Mio€ gegenüber einer Nettoauflösung von 56 Mio€ im Vorjahresquartal.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN in CB&S stiegen im Berichtsquartal um 21 % gegenüber dem Vorjahresquartal auf 3,9Mrd€. Dies war auf gestiegene leistungsabhängige Vergütungen im Zusammenhang mit dem sehr guten Geschäftsergebnis und die beschleunigte ergebniswirksame Erfassung von aktienbasierten Vergütungen zurückzuführen, die an solche Mitarbeiter gewährt wurden, welche bei vorgezogenem Ruhestand ihre Ansprüche behalten.

Das ERGEBNIS VOR STEUERN von CB&S verbesserte sich im Berichtsquartal um 203Mio€ auf 2,2Mrd€. Dies entspricht einem Anstieg von 10 % gegenüber dem Vorjahresquartal.

UNTERNEHMENSBEREICH GLOBAL TRANSACTION BANKING (GTB)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Erträge insgesamt	612	536	76	14
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	- 16	17	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	397	370	27	7
Minderheitsanteile	-	-	-	N/A
Ergebnis vor Steuern	214	181	32	18

N/A – Nicht aussagefähig

TRANSACTION SERVICES erwirtschaftete im ersten Quartal 2007 Erträge in Höhe von 612Mio€. Der Anstieg von 76Mio€ (14 %) gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres spiegelte im Wesentlichen eine stabile Kundennachfrage in unserem Cash-Management- und Trust-&Securities-Services-Geschäft (TSS) wider. Cash Management erzielte auf Grund gestiegener Volumina im Zahlungsverkehr und Einlagengeschäft in allen Regionen sowie infolge günstiger Entwicklungen der Zinssätze höhere Erträge. Der Ertragszuwachs im TSS-Geschäft verteilte sich auf unsere emittentenbezogenen Dienstleistungen sowie unser inländisches Wertpapierverwahrungsgeschäft für Investoren und war auf neue Geschäftsbeziehungen sowie den Ausbau der Aktivitäten bei bereits bestehenden Kundenbeziehungen zurückzuführen.

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT des Unternehmensbereichs GTB stellte im ersten Quartal 2007 eine Nettozuführung von 1 Mio € dar im Vergleich zu einer Nettoauflösung von 16 Mio € im Vorjahresquartal.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN in GTB waren mit 397 Mio € im ersten Quartal 2007 um 7 % höher als im Vergleichsquartal des Vorjahres. Dieser Anstieg spiegelte gestiegene leistungsabhängige Vergütungen, Investitionen in Geschäftswachstum und in Maßnahmen zur Effizienzsteigerung sowie höhere transaktionsbezogene Kosten wider.

Das ERGEBNIS VOR STEUERN in GTB erhöhte sich im Berichtsquartal um 32 Mio € auf 214 Mio €. Dies entspricht einem Anstieg von 18 % gegenüber dem ersten Quartal 2006.

KONZERNBEREICH PRIVATE CLIENTS AND ASSET MANAGEMENT (PCAM)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Erträge insgesamt	2.434	2.365	69	3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	117	85	32	38
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.833	1.744	89	5
Minderheitsanteile	3	1	1	96
Ergebnis vor Steuern	481	535	- 54	- 10

Im Konzernbereich PCAM stiegen die Erträge im ersten Quartal 2007 gegenüber dem Vorjahresquartal um 69 Mio € (3 %) auf 2,4 Mrd €. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich auf 117 Mio €, was einem Anstieg von 32 Mio € (38 %) gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres entsprach. Die zinsunabhängigen Aufwendungen lagen mit 1,8 Mrd € um 89 Mio € (5 %) über dem ersten Quartal 2006. Das Ergebnis vor Steuern war mit 481 Mio € um 54 Mio € (10 %) geringer als das Rekordergebnis des Vorjahresquartals.

Die INVESTED ASSETS in PCAM nahmen im Berichtsquartal um 29 Mrd € auf 936 Mrd € zu. Dies war vorwiegend auf Nettomittelzufüsse von 15 Mrd € zurückzuführen, von denen 8 Mrd € auf AWM und 7 Mrd € auf PBC entfielen. Die Konsolidierung der Berliner Bank in PBC machte weitere 5 Mrd € des Anstiegs aus. Die verbleibende Zunahme resultierte überwiegend aus positiven Marktwertentwicklungen, die teilweise durch Wechselkurseffekte kompensiert wurden.

UNTERNEHMENSBEREICH ASSET AND WEALTH MANAGEMENT (AWM)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Erträge insgesamt	1.008	1.060	- 52	- 5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	- 1	1	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	817	826	- 9	- 1
Minderheitsanteile	2	1	1	91
Ergebnis vor Steuern	188	233	- 45	- 19

N/A – Nicht aussagefähig

Im ersten Quartal 2007 beliefen sich die ERTRÄGE im Unternehmensbereich AWM auf 1,0 Mrd€. Dies entsprach einem Rückgang von 52 Mio€ (5 %) gegenüber dem ersten Quartal 2006. Das Berichtsquartal beinhaltete erstmals das gesamte Ergebnis von Tilney Group Ltd., einem von PWM im vierten Quartal 2006 erworbenen Vermögensverwalter in Großbritannien. Die ERTRÄGE aus dem PORTFOLIO/FUND MANAGEMENT in Asset Management (AM) gingen um 45 Mio€ (8 %) zurück, vorwiegend auf Grund niedrigerer erfolgsabhängiger Provisionen, insbesondere im Immobilien-Investmentgeschäft. In PWM stiegen die Erträge aus dem PORTFOLIO/FUND MANAGEMENT infolge der oben genannten Akquisition und gestiegener Invested Assets gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 18 Mio€ (22 %). Die Erträge aus dem BROKERAGEGESCHÄFT blieben mit 232 Mio€ nahezu unverändert. Im KREDIT-/EINLAGENGESCHÄFT verbesserten sich die Erträge auf Grund höherer Einlagen- und Kreditvolumina um 7 Mio€ (16 %). Die Erträge aus SONSTIGEN PRODUKTEN gingen um 35 Mio€ (27 %) zurück, was vor allem auf einen Rückgang von Gewinnen im Immobilien-Investmentgeschäft von AM zurückzuführen war.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN gingen im ersten Quartal 2007 auf 817 Mio€ zurück und waren damit 9 Mio€ (1 %) niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Darin spiegelte sich der Rückgang leistungsabhängiger Vergütungen, vor allem im Immobilien-Investmentgeschäft von Asset Management, wider. Dieser Rückgang wurde durch höhere Aufwendungen aus der Implementierung der Wachstumsstrategie von PWM, inklusive des Effekts der Konsolidierung von Tilney, teilweise kompensiert. Außerdem verursachte die beschleunigte ergebniswirksame Erfassung von aktienbasierten Vergütungen, die an solche Mitarbeiter gewährt wurden, welche bei vorgezogenem Ruhestand ihre Ansprüche behalten, höhere Aufwendungen.

Das in AWM erzielte ERGEBNIS VOR STEUERN von 188 Mio€ lag um 45 Mio€ (19 %) unter dem Vorjahresquartal.

UNTERNEHMENSBEREICH PRIVATE & BUSINESS CLIENTS (PBC)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Erträge insgesamt	1.425	1.305	121	9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	116	85	31	36
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.016	918	98	11
Minderheitsanteile	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	293	302	- 8	- 3

N/A – Nicht aussagefähig

Die Entwicklung aller Komponenten des Finanzergebnisses in PBC wurde in erster Linie durch die Konsolidierung der norisbank im vierten Quartal 2006 und der Berliner Bank im ersten Quartal 2007 beeinflusst.

PBC steigerte im ersten Quartal 2007 seine ERTRÄGE gegenüber dem ersten Quartal 2006 um 121 Mio€ (9 %) auf 1,4 Mrd€. Die Erträge aus dem KREDIT-/EINLAGENGESCHÄFT stiegen gegenüber dem ersten Quartal 2006 um 92 Mio€ (15 %). Dieses Wachstum war auf die Akquisitionen von norisbank und Berliner Bank sowie auf das anhaltende Wachstum der Kredit- und Einlagenvolumina zurückzuführen. Die Erträge aus dem PORTFOLIO/FUND MANAGEMENT und dem BROKERAGEGESCHÄFT erreichten mit 75 Mio€ beziehungsweise 318 Mio€, bedingt durch die Akquisitionen, die sehr guten Werte des Vorjahresquartals. Bei ZAHLUNGSVERKEHR, KONTOFÜHRUNG UND SONSTIGEN FINANZDIENSTLEISTUNGEN wurden im ersten Quartal 2007 Erträge von 218 Mio€ erzielt, was einem Anstieg von 8 Mio€ (4 %) gegenüber dem ersten Quartal 2006 entsprach. Die Erträge aus SONSTIGEN PRODUKTEN erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresquartal um 19 Mio€ und beinhalteten einen Gewinn von 24 Mio€ aus der Veräußerung von Geschäftsfeldern (überwiegend aus dem Teilverkauf unserer Kreditkartenabwicklung in Italien).

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT belief sich auf 116 Mio€. Dieser Anstieg von 31 Mio€ gegenüber dem Vorjahresquartal spiegelte die Konsolidierung von norisbank und Berliner Bank sowie das fortgesetzte organische Wachstum des Kreditbuchs wider.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN waren mit 1,0 Mrd€ um 98 Mio€ (11 %) höher als im Vorjahresquartal. Diese Zunahme war in erster Linie auf die vorgenannten Akquisitionen, einschließlich diesbezüglicher Integrationskosten, zurückzuführen. Darüber hinaus haben fortgesetzte Investitionen in Wachstumsregionen, insbesondere in Indien und Polen zu dieser Entwicklung beigetragen.

Das ERGEBNIS VOR STEUERN belief sich in PBC auf 293 Mio€ und ging damit gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres um 8 Mio€ (3 %) zurück.

Die INVESTED ASSETS stiegen im Berichtsquartal um 14 Mrd€ auf 190 Mrd€. Davon entfielen 7 Mrd€ auf Nettomittelzuflüsse und 5 Mrd€ auf die Konsolidierung der Berliner Bank. Die Kreditvolumina stiegen auf 82 Mrd€ und erhöhten sich damit seit Beginn dieses Jahres um 4 Mrd€. Davon entfielen 2 Mrd€ auf die Konsolidierung der Berliner Bank. Im ersten Quartal 2007 wuchs die Kundenzahl von PBC um 558.000 Kunden, wovon 320.000 auf die Berliner Bank entfielen.

KONZERNBEREICH CORPORATE INVESTMENTS (CI)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Erträge insgesamt	438	166	273	164
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	- 4	5	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	134	43	91	N/A
Minderheitsanteile	- 0	0	- 0	N/A
Ergebnis vor Steuern	305	127	178	141

N/A – Nicht aussagefähig

Das ERGEBNIS VOR STEUERN belief sich im ersten Quartal 2007 auf 305 Mio€ nach 127 Mio€ im Vergleichs Quartal des Vorjahres. Das Berichtsquartal enthielt Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in Höhe von 159 Mio€, mit dem Verkauf unseres Anteils an der Fiat S.p.A. als größtem Einzeleffekt, während das Vorjahresquartal einen Gewinn von 131 Mio€ aus der Veräußerung unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO AG beinhaltete. Die Erträge im ersten Quartal 2007 umfassten auch ein Ergebnis von 178 Mio€ aus der nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG. In diesem Zusammenhang wurde eine Werthaltigkeitsprüfung des Goodwills von CI durchgeführt, die zu einer Abschreibung von 54 Mio€ führte. Weiterhin waren Marktwertgewinne aus der Option zur Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in den Erträgen des Berichtsquartals enthalten.

CONSOLIDATION & ADJUSTMENTS

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Erträge insgesamt	- 25	- 238	213	- 90
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	0	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	3	- 6	8	N/A
Minderheitsanteile	- 11	- 12	2	- 13
Ergebnis vor Steuern	- 17	- 220	203	- 92

N/A – Nicht aussagefähig

Im ersten Quartal 2007 verzeichnete Consolidation & Adjustments einen Verlust vor Steuern von 17 Mio€ gegenüber einem Verlust vor Steuern von 220 Mio€ im Vorjahresquartal. Das erste Quartal des Vorjahres war durch negative Überleitungsstellen beeinflusst, die zwischen den für die Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards gemäß IFRS entstehen (insbesondere bei der Bilanzierung von begebenen Schuldverschreibungen, aber auch von Eigenen Aktien). Der Nettoeffekt aus diesen Bilanzierungsunterschieden war im ersten Quartal 2007 nicht materiell.

BILANZENTWICKLUNG

Die IFRS-Konzernbilanzsumme ist deutlich höher als die nach US GAAP veröffentlichte Konzernbilanzsumme. Wesentlicher Grund für diese Bilanzverlängerung sind spezifische Saldierungen für Derivate, für Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und für Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften, die nur nach US GAAP-Rechnungslegungsvorschriften, nicht jedoch nach IFRS zulässig sind. Ausführliche Erläuterungen zu dieser Bilanzverlängerung sowie zu weiteren Auswirkungen der Überleitung finden sich in unserem Bericht zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS.

Die Konzernbilanzsumme zum 31. März 2007 belief sich auf 1.747 Mrd€ und war damit um 175 Mrd€ höher als die Summe der Aktiva zum 31. Dezember 2006. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus einer Zunahme der Forderungen aus Wertpapierkassageschäften um 79 Mrd€ sowie einer Erhöhung der Forderungen aus durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäften (Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Forderungen aus Wertpapierleihen) um 27 Mrd€. Die Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften stiegen um 79 Mrd€ und die Verbindlichkeiten aus durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäften nahmen um 48 Mrd€ zu. Daneben führte die Ausgabe von Schuldverschreibungen im Rahmen von strukturierten Transaktionen zu einer Erhöhung der Verbindlichkeiten und beeinflusste maßgeblich den Anstieg der langfristigen Verbindlichkeiten um 10 Mrd€.

AUSBLICK

Der folgende Abschnitt sollte in Verbindung mit dem Ausblick im Finanzbericht für das Jahr 2006 gelesen werden.

Das weltweite wirtschaftliche Umfeld blieb im 1. Quartal freundlich. Wachstumsaussichten in verschiedenen Ländern wurden nach oben angepasst. Ein kräftigeres Wachstum in Schwellenländern, insbesondere China sollte dafür sorgen, dass sich die Weltwirtschaft mit 4,5 % in 2007 etwas günstiger entwickelt als noch zu Jahresbeginn erwartet und somit nur leicht unter der Wachstumsrate des Vorjahres bleibt. Auch in Deutschland könnte das Wirtschaftswachstum mit 2,25 % höher als bislang veranschlagt ausfallen, da der Dämpfung des privaten Konsums durch die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes um drei Prozentpunkte wohl höhere Lohnabschlüsse gegenüberstehen. So könnte der private Konsum in Deutschland im laufenden Jahr sogar kräftiger zunehmen als in 2006.

Nach einem guten Jahresauftakt in den ersten zwei Monaten 2007 nahm die Volatilität an den Finanzmärkten markant zu, als wachsende Ausfälle bonitätsschwacher Schuldner am US-Hypothekenmarkt für Beunruhigung sorgten. Auch die Aktienindizes gingen Anfang März kräftig zurück – sowohl in Industrie- als auch in Schwellenländern. Mit nachlassenden Befürchtungen gegen Ende des Quartals erholten sich die weltweiten Aktienmärkte aber wieder deutlich. Wichtige Aktienindizes erreichten neue Höchststände.

Im weiteren Jahresverlauf 2007 dürften die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterhin positiv bleiben. Ungeachtet der derzeitigen Korrektur im Wohnungsmarkt sieht die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten insgesamt robust aus. In Europa scheinen Wachstumsdynamik und Zukunftsvertrauen stabil, nicht zuletzt, weil die anhaltende Leistungsstärke und der Optimismus der deutschen Wirtschaft auf die Eurozone ausstrahlen. In wichtigen Schwellenländern, insbesondere China, Indien und den ölproduzierenden Ländern bestehen gute Voraussetzungen, um die hohen Wachstumsraten beizubehalten.

Vor diesem Hintergrund ist die Deutsche Bank hervorragend positioniert, auch weiterhin in ihren Geschäftsfeldern profitabel zu wachsen. Unsere internationale Präsenz bietet uns beste Möglichkeiten für die Betreuung unserer Kunden in einer zunehmend globalisierten Welt. Die ungebrochene Expansion der Kapitalmärkte sowohl in den Industriestaaten als auch in den Schwellenländern kommt uns angesichts unserer führenden Position im Investmentbanking zugute. Die weltweit steigende Vermögensbildung und die Nachfrage bei privaten Altersvorsorgeprodukten erfordern ein zunehmend differenziertes Anlageangebot. Dieser Trend kommt unserem leistungsfähigen Vermögensanlagegeschäft in idealer Weise entgegen. Durch Investitionen in unserem Heimatmarkt Deutschland, wozu sowohl Akquisitio-

nen als auch das Wachstum aus eigener Kraft gehören, profitieren wir von der Stärke der größten Volkswirtschaft in der Eurozone.

Natürlich gibt es in unserem Geschäftsumfeld auch zahlreiche Unsicherheitsfaktoren. Das erste Quartal hat gezeigt, dass immer mit kurzfristigen Rückschlägen an den globalen Finanzmärkten gerechnet werden muss. Die anhaltende Konsolidierung unserer Branche, zu der auch grenzüberschreitende Fusionen in Europa gehören, kann die Wettbewerbsintensität verändern.

Wir sind überzeugt, dass die Deutsche Bank gut gerüstet ist, um diese Herausforderungen zu meistern. Wir sehen uns weiterhin verpflichtet, die aktuelle Phase drei unserer Managementagenda zielstrebig weiter umzusetzen. Bei stabilen geopolitischen und ökonomischen Rahmenbedingungen sind wir zuversichtlich, dass wir weiter profitabel expandieren und Mehrwert für unsere Aktionäre schaffen.

Bescheinigung der unabhängigen beim PCAOB registrierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

AN DEN AUFSICHTSRAT DER DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Wir haben die beigefügte Konzernbilanz zum 31. März 2007 und die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung, die Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen und die Konzern-Kapitalflussrechnung für den Dreimonatszeitraum endend am 31. März 2007 und 2006 (der Konzernzwischenabschluss), der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, einschließlich ihrer Tochterunternehmen (Deutsche Bank-Gruppe), einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des Konzernzwischenabschlusses und die faire Präsentation entsprechend International Financial Reporting Standard IAS 34 „Zwischenberichtberichterstattung“ liegen in der Verantwortung des Vorstands.

Wir haben die prüferische Durchsicht des Abschlusses unter Beachtung der vom Public Company Accounting Oversight Board (United States) festgestellten Grundsätze vorgenommen. Eine prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen beschränkt sich in erster Linie auf analytische Beurteilungen und Befragungen von bestimmten Mitarbeitern der Gesellschaft. Sie hat einen wesentlich geringeren Umfang als eine Abschlussprüfung unter Beachtung der vom Public Company Accounting Oversight Board (United States) festgestellten Grundsätze, deren Ziel die Erteilung eines Bestätigungsvermerks ist. Dementsprechend erteilen wir keinen Bestätigungsvermerk.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der beigefügte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit der Grundlage, die in der Grundlage der Erstellung und in der Angabe zu den wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätzen dargestellt ist, welche beschreibt, wie die Ansatz- und Bewertungsvorschriften der International Financial Reporting Standards angewendet worden sind, aufgestellt worden ist. Diese Beurteilung schließt die Annahmen ein, welche der Vorstand bezüglich der Rechnungslegungsgrundsätze getroffen hat, deren Anwendung im ersten aufgestellten Konzernabschluss nach IFRS zum 31. Dezember 2007 erwartet wird.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Grundlage der Erstellung des Konzernzwischenabschlusses hin, welche darstellt, warum bis zur Aufstellung des ersten Konzernabschluss nach IFRS zum 31. Dezember 2007 die Möglichkeit besteht, dass der Vorstand der Deutsche Bank Aktiengesellschaft Änderungen der im Konzernzwischenabschluss angewandten Rechnungslegungsgrundsätze für notwendig erachten kann.

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frankfurt am Main (Deutschland), den 7. Mai 2007

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung (nicht testiert)

GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Zinserträge	15.817	12.959
Zinsaufwendungen	13.764	11.321
Zinsüberschuss	2.053	1.638
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	98	9
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.955	1.629
Provisionsüberschuss	2.931	2.815
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.936	3.072
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	234	85
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	220	268
Sonstige Erträge	202	135
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	7.523	6.375
Personalaufwand	4.329	3.622
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	1.940	1.739
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	54	–
Restrukturierungsaufwand	– 8	42
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.315	5.403
Ergebnis vor Steuern	3.163	2.601
Ertragsteueraufwand	1.031	952
Gewinn nach Steuern	2.132	1.649
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	11	13
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	2.121	1.636

ERGEBNIS JE AKTIE (EPS)

in €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Ergebnis je Aktie:		
Basic	4,47 €	3,46 €
Verwässert	4,28 €	3,11 €
Anzahl der Aktien in Mio		
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	475,0	472,7
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	495,7	526,0

Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen (nicht testiert)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigter Gewinn nach Steuern	2.132	1.649
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	916	349
Reklassifizierung auf Grund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	- 234	- 153
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, vor Steuern	- 7	- 53
Anpassungen aus der Währungsumrechnung:		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 150	- 268
Reklassifizierung auf Grund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	-	-
Steuern auf Positionen, die direkt im Eigenkapital erfasst oder aus dem Eigenkapital reklassifiziert wurden	- 3	33
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	522	- 92
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen	2.654	1.557
Zurechenbar:		
den Minderheitsanteilen	13	13
den Deutsche Bank Aktionären	2.641	1.544

Konzernbilanz (nicht testiert)

AKTIVA

in Mio €	31.3.2007	31.12.2006
Barreserve	6.728	7.008
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	25.520	19.199
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	10.488	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	78.824	62.943
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.162.019	1.091.045
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	34.750	35.271
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	3.350	3.389
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	187.279	181.291
Sachanlagen	2.949	3.241
Immaterielle Vermögenswerte	9.170	8.612
Sonstige Aktiva	219.566	139.031
Steuerforderungen	6.388	6.473
Summe der Aktiva	1.747.031	1.571.768

PASSIVA

in Mio €	31.3.2007	31.12.2006
Einlagen	420.707	411.916
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	126.955	102.200
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	15.706	21.174
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	723.569	666.293
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	47.579	48.433
Sonstige Passiva	221.141	144.130
Rückstellungen	1.607	1.768
Steuerverbindlichkeiten	6.656	6.358
Langfristige Verbindlichkeiten	137.186	127.015
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	4.846	4.771
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	4.225	4.327
Summe der Verbindlichkeiten	1.710.177	1.538.385
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.345	1.343
Kapitalrücklage	15.788	15.246
Gewinnrücklagen	22.493	20.359
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 2.077	- 2.378
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	- 4.224	- 4.307
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern		
Unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	3.889	3.208
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern	- 50	- 45
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	- 916	- 760
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	2.923	2.403
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36.248	32.666
Minderheitsanteile	606	717
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	36.854	33.383
Summe der Passiva	1.747.031	1.571.768

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

(nicht testiert)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Stammaktien		
Anfangsbestand	1.343	1.420
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	2	7
Einziehung von Stammaktien	–	– 102
Endbestand	1.345	1.325
Kapitalrücklage		
Anfangsbestand	15.246	14.464
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	399	227
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	44	194
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	11	134
Optionsprämien aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	49	– 16
Gewinne aus dem Verkauf Eigener Aktien	39	–
Sonstiges	–	1
Endbestand	15.788	15.004
Gewinnrücklagen		
Anfangsbestand	20.359	17.764
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbarer Gewinn nach Steuern	2.121	1.636
Gewinne aus dem Verkauf Eigener Aktien	–	160
Einziehung von Stammaktien	–	– 2.667
Sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	12	– 5
Sonstiges	1	–
Endbestand	22.493	16.888
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten		
Anfangsbestand	– 2.378	– 3.368
Käufe von Aktien	– 5.996	– 9.301
Verkäufe von Aktien	6.297	8.877
Einziehung von Aktien	–	2.769
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	–	1
Endbestand	– 2.077	– 1.022
Als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital		
Anfangsbestand	– 4.307	– 4.449
Zugänge	– 742	– 1.179
Abgänge	825	153
Endbestand	– 4.224	– 5.475
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern		
Anfangsbestand	2.403	2.751
Veränderung unrealisierter Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	681	214
Veränderung unrealisierter Gewinne/Verluste aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern	– 5	– 38
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	– 156	– 268
Endbestand	2.923	2.659
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital zum Ende der Periode	36.248	29.379
Minderheitsanteile		
Anfangsbestand	717	624
Minderheitsanteile am Ergebnis	11	13
Zugänge	23	111
Abgänge und Dividendenzahlungen	– 142	– 107
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	– 3	– 12
Endbestand	606	629
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile zum Ende der Periode	36.854	30.008

Teil der Sonstigen Finanzinformationen.

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Gewinn nach Steuern	2.132	1.649
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	100	13
Restrukturierungsaufwand	- 24	- 120
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	- 257	- 251
Latente Ertragsteuern, netto	94	- 49
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	458	251
Anteilige Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Unternehmen	- 241	- 133
Gewinn nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand, Ertrag und sonstige Posten	2.262	1.360
Anpassungen auf Grund eines Nettoanstiegs/-rückgangs beziehungsweise einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	3.302	- 1.699
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	- 12.696	- 11.666
Handelsaktiva	- 58.815	- 40.092
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (exkl. Investitionstätigkeit)	- 15.637	- 18.376
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	- 3.857	- 5.934
Sonstige Aktiva	- 82.043	- 84.887
Einlagen	5.568	- 4.150
Handelsspassiva	25.498	23.900
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (exkl. Finanzierungstätigkeit) ¹	33.444	9.840
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen, aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	20.312	7.439
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	53	1.707
Sonstige Passiva	75.941	79.379
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ²	12.076	5.696
Sonstige, per saldo	1.053	2.709
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	6.461	1.978
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	2.678	3.453
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	2.181	1.532
Verkauf von nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	371	2.380
Verkauf von Sachanlagen	77	89
Erwerb von:		
zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	- 3.885	- 7.626
nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 34	- 212
Sachanlagen	- 110	- 67
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	- 175	- 462
Sonstige, per saldo	23	52
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	1.126	- 861
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	120	37
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	- 1.387	- 465
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	1.842	3.552
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	- 1.748	- 1.541
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	45	199
Kauf Eigener Aktien	- 5.996	- 9.301
Verkauf Eigener Aktien	6.334	9.033
Dividendenzahlung an Minderheitsanteile	- 4	- 10
Nettoveränderung der Minderheitsanteile	- 104	27
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 898	1.531
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 73	- 161
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	6.616	2.487
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	17.354	13.422
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	23.970	15.909
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente gemäß Kapitalflussrechnung	6.616	2.487
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	621	505
Gezahlte Zinsen	13.790	11.530
Erhaltene Zinsen und Dividenden	15.501	12.959
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserve	6.728	6.925
Sichteinlagen bei Banken	17.242	8.984
Insgesamt	23.970	15.909

1 Einschließlich Emission von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 2.643 Mio € und Rückzahlung/Rücklauf in Höhe von 147 Mio € bis zum 31. März 2007.

2 Einschließlich Emission in Höhe von 21.898 Mio € und Rückzahlung/Rücklauf in Höhe von 13.170 Mio € bis zum 31. März 2007 (bis 31.3.2006: 14.276 Mio € und 9.322 Mio €).

Grundlage der Erstellung

Mit Wirkung vom 1. Januar 2007 erstellt der Konzern seinen Konzernabschluss und seine Konzernzwischenabschlüsse nach den International Financial Reporting Standards („IFRS“). Die Zwischenabschlüsse wurden in Übereinstimmung mit den bis zum 31. Dezember 2006 veröffentlichten und in Kraft getretenen IFRS erstellt, die zum 31. März 2007 unverändert gültig waren. Die in diesem Bericht enthaltene Segmentberichterstattung wurde nach den Bestimmungen von IFRS 8 „Operating Segments“ erstellt. IFRS 8 ist seitens des International Accounting Standards Board („IASB“) verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in Europäisches Recht durch die Europäische Union („EU“). Auf dieser Grundlage beruhen die im Folgenden dargestellten Rechnungslegungsgrundsätze, die so voraussichtlich auch anzuwenden sind, wenn der Konzern seinen ersten IFRS-Jahresabschluss erstellt.

Der vorliegende Zwischenabschluss wurde in Übereinstimmung mit der IFRS-Vorschrift für die Zwischenberichterstattung (IAS 34: „Interim Financial Reporting“) erstellt. Es handelt sich um den ersten nach IFRS erstellten Konzernzwischenabschluss, der einen Teil des im Jahresabschluss insgesamt abzudeckenden Berichtszeitraums umfasst und den Vorschriften von IFRS 1: „First-time Adoption of International Reporting Standards“ genügt. Der Zwischenabschluss, einschließlich der entsprechenden Angaben zu den Rechnungslegungsgrundsätzen, zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung, zur Bilanz, zu den sonstigen Finanzinformationen und zur Überleitung von US GAAP auf IFRS, beinhaltet nicht vollumfänglich die Angaben, wie sie für einen Jahresabschluss verpflichtend sind.

Die Auswirkungen der IFRS-Umstellung auf die bisher nach US GAAP erstellte Bilanz und Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns wurden in dem am 19. April 2007 veröffentlichten Bericht zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS – Vergleichsinformationen für 2006 (nachstehend „Umstellungsbericht“) erläutert. Eine vollständige Analyse der Auswirkungen aus der Umstellung auf IFRS findet sich in dem Umstellungsbericht.

Im Rahmen der Erstellung des Zwischenabschlusses in Übereinstimmung mit IAS 34 hatte das Management Beurteilungen und Annahmen zu treffen hinsichtlich der Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, der Wertminderung (Impairment) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, der Realisierbarkeit von aktiven latenten Steuern sowie gesetzlicher, regulatorischer, steuerlicher und sonstiger Vorgänge. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Nach Überzeugung des Managements wurden alle periodisch wiederkehrenden Anpassungen, die für eine angemessene Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage notwendig sind, berücksichtigt.

Die Erstellung des Konzernzwischenabschlusses im Einklang mit IAS 34 führte zu Änderungen der Rechnungslegungsgrundsätze im Vergleich zu denjenigen, die für den letzten auf der Grundlage von US GAAP erstellten Jahresabschluss maßgeblich waren. Die nachstehenden Rechnungslegungsgrundsätze wurden stetig für alle dargestellten Berichtsperioden angewandt. Sie wurden, wie von IFRS 1 verlangt, auch der Erstellung der IFRS-Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2006 zu Grunde gelegt. Die Auswirkungen der Umstellung von US GAAP auf IFRS wurden im Umstellungsbericht beschrieben, und die Effekte auf die Vergleichszeiträume sind in dem Abschnitt „Überleitung von US GAAP auf IFRS“ dieses Zwischenberichts dargelegt.

Die vorliegenden Konzernzwischenabschlüsse zum 31. März 2007 und 2006 sowie für die dann endenden Dreimonatszeiträume sind nicht testiert und enthalten die Abschlüsse der Deutschen Bank AG und ihrer Tochtergesellschaften (zusammengefasst „der Konzern“ oder „das Unternehmen“). Die Zwischenabschlüsse sind in Euro erstellt. Die in diesem Abschluss veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2007 gewertet werden.

Die vorliegenden Zwischenabschlüsse sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss nach US GAAP und den dazugehörigen Erläuterungen (Notes) im Finanzbericht 2006 des Unternehmens und dem Umstellungsbericht gelesen werden.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze (nicht testiert)

Im Folgenden werden die vom Konzern angewandten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze gemäß IFRS für die Erstellung der in dem vorliegenden Bericht enthaltenen Finanzinformationen beschrieben.

GRUNDSÄTZE DER KONSOLIDIERUNG

Die konsolidierten Finanzinformationen in diesem Bericht beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank, zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter Zweckgesellschaften („SPEs“), dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit. Die Darstellung erfolgt in Euro, welcher die Darstellungswährung des Konzerns ist.

TOCHTERGESELLSCHAFTEN

Tochtergesellschaften des Konzerns sind diejenigen Einheiten, welche von ihm beherrscht werden. Der Konzern verfügt über einen beherrschenden Einfluss über Tochtergesellschaften, wenn er deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann, was in der Regel bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als die Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen angenommen wird. Die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, werden bei der Prüfung, ob der Konzern die Kontrolle über ein anderes Unternehmen besitzt, berücksichtigt.

Der Konzern unterstützt die Gründung von Zweckgesellschaften („SPEs“) für eine Vielzahl von Zielsetzungen. Die Gründe beinhalten, Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften zu ermöglichen, gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vorzunehmen, sowie die Verbriefung von Vermögenswerten und den Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten. Um festzustellen, ob eine SPE zu konsolidieren ist, prüft der Konzern eine Reihe von Faktoren. Diese beinhalten (a) eine Untersuchung, inwiefern die Aktivitäten der SPE zu Gunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt werden, so dass dieser aus der Geschäftstätigkeit der SPE Nutzen zieht; (b) die Entscheidungsmacht des Konzerns zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens; (c) ob der Konzern die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit einer SPE zieht und (d) ob der Konzern die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus ihrer Geschäftstätigkeit zu ziehen. Der Konzern konsolidiert eine SPE, wenn eine Prüfung der wesentlichen Faktoren zeigt, dass die SPE durch den Konzern beherrscht wird.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet ab dem Zeitpunkt, an dem die beherrschende Einflussnahme endet.

Zur bilanziellen Erfassung der Akquisition von Tochtergesellschaften wird die Erwerbsmethode angewandt. Die Anschaffungskosten einer Akquisition werden auf Grundlage der Fair Values der hingegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente sowie der eingegangenen oder übernommenen Verbindlichkeiten zuzüglich der mit der Akquisition direkt verbundenen Kosten ermittelt. Der Betrag, um den die Anschaffungskosten einer Akquisition den Anteil des Konzerns an dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens übersteigen, wird als Goodwill bilanziert. Sofern die Anschaffungskosten einer Akquisition unter dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegen (negativer Goodwill), kann ein Gewinn im sonstigen Ergebnis erfasst werden.

Alle wesentlichen konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Rahmen der Konsolidierung werden konzernweit durchweg einheitliche Rechnungslegungsvorschriften angewandt. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Kapitalerhöhung behandelt.

Im Rahmen eines Beratungs- oder Treuhandverhältnisses gehaltene Vermögenswerte gelten nicht als Vermögenswerte des Konzerns und sind nicht in der Konzernbilanz enthalten.

Anteile konzernfremder Gesellschafter werden in der Konzernbilanz als separate Eigenkapitalkomponente ausgewiesen, die sich vom Konzerneigenkapital der Deutschen Bank unterscheidet. Die Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter werden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung separat ausgewiesen.

ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN UND JOINT VENTURES

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equity Methode für die Bilanzierung bestimmter Beteiligungen erforderlich sein, auch wenn die Beteiligung weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Ein Joint Venture besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die in der Regel, jedoch nicht zwingend, durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen durchgeführt werden.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures werden nach der Equity Methode bilanziert.

Nach dieser Methode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und jedes Jahr um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition angefallenen Gewinn (Verlust) oder an sonstigen Bewegungen, die sich direkt auf das Eigenkapital des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens auswirken, erhöht (vermindert). Goodwill, der bei der Akquisition eines assoziierten Unternehmens oder eines Joint Venture entsteht, ist in den Anschaffungskosten (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Verluste aus der Equity Methode, die den Buchwert der jeweiligen Beteiligung übersteigen, werden mit anderen Vermögenswerten des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Falls diese anderen Vermögenswerte vollständig abgeschrieben werden, wird geprüft, ob zusätzliche Verluste auf Grund der Verpflichtung des Konzerns, solche Verluste auszugleichen, auszuweisen sind.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Darstellungswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds, in dem die Gesellschaft tätig ist, entspricht.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zu Grunde.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Nettogewinn (-verlust) aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten oder Verpflichtungen ausgewiesen.

Umrechnungsdifferenzen aus nicht monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (zum Beispiel Eigenkapitaltitel), werden nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, sondern

innerhalb des Eigenkapitals in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst. Wird der Vermögenswert verkauft, werden sie in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Darstellungswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs und die Ertrags- und Aufwandsposten zu den an den Transaktionszeitpunkten geltenden Wechselkursen oder Durchschnittskursen in Euro umgerechnet, sofern diese annähernd den tatsächlichen Kursen entsprechen. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst und anschließend im Falle einer Veräußerung oder Teilveräußerung des Betriebs erfolgswirksam berücksichtigt.

ZINSEN, GEBÜHREN UND PROVISIONEN

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Kosten verlässlich bestimmt werden kann, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

ZINSÜBERSCHUSS – Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Der Effektivzins stellt eine konstante Verzinsung des Buchwerts von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten dar. Bei der Schätzung der Cashflows, die zur Berechnung des Effektivzinsses herangezogen werden, sind alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit (ohne künftige Kreditausfälle) sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und zusätzlichen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Auf- und Abschläge zu berücksichtigen.

PROVISIONSÜBERSCHUSS – Das Verfahren für die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, zu dem diese belastet wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. Es wird unterschieden zwischen Provisionen, die integraler Teil des Effektivzinssatzes eines Finanzinstruments sind, Provisionen, die mit der Erbringung von Leistungen verbunden sind, und Provisionen, die mit der Durchführung einer maßgeblichen Transaktion verdient werden. Die bilanzielle Behandlung von Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes eines Finanzinstruments sind, wird oben im Abschnitt „Zinsüberschuss“ beschrieben. Provisionen für innerhalb eines bestimmten Zeitraums erbrachte Leistungen werden über die Leistungsperiode erfasst. Provisionen für die Durchführung einer maßgeblichen Transaktion werden nach vollständiger Erbringung der maßgeblichen Transaktion erfasst. Wenn der Vermögenswert oder die Verbindlichkeit erfolgswirksam zum Fair Value bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen als Ertrag im Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments verbucht.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als Derivate bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der Konzern eine spezifische Kreditvereinbarung treffen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Serviceleistungen: Investmentfonds-, Treuhand-, Depot-, Portfolio- sowie sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Provisionserträge und Kommissionseinkünfte. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von

transaktionsähnlichen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate-Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen; Kredite und Forderungen; zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird bei Ersterfassung festgelegt und nicht nachträglich geändert.

Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten, die als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet beziehungsweise als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern zum Kauf oder Verkauf der betreffenden Vermögenswerte oder Kredite verpflichtet. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu.

ERFOLGSWIRKSAM ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Ersterfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder designiert diese als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum Fair Value angesetzt und als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Nettogewinn (-verlust) aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten.

HANDELSAKTIVA UND -PASSIVA – Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung oder des kurzfristigen Rückkaufs erworben oder eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise für kurzfristige Gewinnmitnahmen bestehen.

ERFOLGSWIRKSAM ZUM FAIR VALUE DESIGNIERTE FINANZINSTRUMENTE – Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht unter die Handelsaktiva und -passiva fallen, werden nach der Fair Value Option ergebniswirksam zum Fair Value bewertet. Designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die zum Fair Value bewertet werden, müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Fair-Value-Basis gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen oder (3) das Finanzinstrument enthält ein oder mehrere eingebettete Derivative. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der Cashflows bewirkt, die nach Maßgabe des Vertrags sonst erforderlich wären; oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung klar ist, dass eine Trennung verboten ist. Gewinne und Verluste aus der anschließenden Neubewertung der erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden als Gewinne/Verluste aus ergebniswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

FORDERUNGEN AUS DEM KREDITGESCHÄFT

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Kredite werden bei der bilanziellen Ersterfassung zum Fair Value ausgewiesen. Dieser entspricht den dem Kreditnehmer herausgelegten Geldern zuzüglich des Saldos aus den direkten und zusätzlichen Transaktionskosten und Provisionen. Die Folgebewertung erfolgt auf Basis der fortgeführten Anschaffungskosten, die nach der Effektivzinsmethode ermittelt werden.

ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Finanzielle Vermögenswerte, die nicht als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte oder als Kredite und Forderungen klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte behandelt. Als zur Veräußerung verfügbar klassifizierte finanzielle Vermögenswerte werden ursprünglich mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Sie werden mit ihrem Fair Value bilanziert, wobei eine Veränderung des Fair Value im Eigenkapital in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesen wird – es sei denn, das betreffende Wertpapier wird einem Fair Value Hedge zugeordnet. In diesem Fall werden Änderungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären, zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts, wie oben beschrieben, im Eigenkapital ausgewiesen werden. Bei nicht monetären, zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die im Konzerneigenkapital berücksichtigte Wertänderung jeden dazugehörigen Fremdwährungsbestandteil.

Realisierte Gewinne und Verluste werden als Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für veräußerte Wertpapiere wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Im Konzerneigenkapital erfasste Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts als Bestandteil des Gesamtveräußerungsergebnisses erfolgswirksam bilanziert.

FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Mit Ausnahme der erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen langfristige und kurzfristige emittierte Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum Fair Value bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Der Rückkauf von am Markt platzierten Schuldtiteln gilt als Tilgung. Bei Rückkauf entstehen Gewinne oder Verluste abhängig davon, ob der Rückkaufspreis des betreffenden Schuldtitels unter oder über dem Buchwert liegt. Ein anschließender Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

ERMITTLUNG DES FAIR VALUE

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Sofern verfügbar, basiert der Fair Value auf beobachtbaren Börsenpreisen oder Parametern beziehungsweise wird aus diesen abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen verfügbar, wird der Fair Value anhand von Bewertungsmethoden ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Die Anwendung dieser Bewertungsmethoden erfordert Annahmen und Einschätzungen des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Das Verfahren zur Bestimmung des Fair Value beinhaltet auch eine angemessene Anpassung der nach dem Finanzmodell ermittelten Ergebnisse um Faktoren wie Close-out-Kosten, Liquiditätsrisiken und mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken.

ERFASSUNG DES ABGEGRENZTEN „TRADE DATE PROFIT AND LOSS“

Soweit für die Bewertungsmethode signifikante, nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher unter Anwendung der Bewertungsmethode ermittelter Handelstaggewinn wird abgegrenzt. Der Konzern grenzt den Betrag durch Anwendung einer angemessenen und systematischen Bewertungsmethode über die Laufzeit des Geschäfts beziehungsweise über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt ab, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Methode an, weil sie die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Risikoprofile der Finanzinstrumente widerspiegelt, die aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit der Instrumente resultieren. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen und/oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. Für seltene Fälle, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser in dem Umfang, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann, zu Beginn der Transaktion erfasst werden.

BILANZIERUNG VON DERIVATEN UND SICHERUNGSBEZIEHUNGEN (HEDGE ACCOUNTING)

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs- und Kreditrisiken, einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen, eingesetzt. Alle frei stehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Bilanz mit ihrem Fair Value angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Der Konzern schließt verschiedene Arten von Derivaten zu Handelszwecken ab. Dazu gehören Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen sowie ähnliche Verträge und Vereinbarungen, die Zinssätze, Währungskurse, Aktienkurse und Rohstoffpreise sowie Kreditrisiken zum Gegenstand haben. Diese Derivate werden mit ihrem Fair Value als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen angesetzt und die zugehörigen Gewinne und Verluste werden im Nettogewinn (-verlust) aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Der Konzern gibt Zusagen für Darlehen, die nach Bereitstellung zum Verkauf bestimmt sind. Diese Posten werden als Derivate klassifiziert und zu ihrem Fair Value als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen erfasst und die zugehörigen Gewinne und Verluste werden im Nettogewinn (-verlust) aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Kreditzusagen, die in bar oder durch die Lieferung beziehungsweise Begebung eines anderen Finanzinstruments erfüllt werden können, werden ebenfalls als Derivate behandelt. Spezielle, vom Konzern für angebotene Investmentfondsprodukte abgegebene Marktwertgarantien werden ebenfalls als Derivate ausgewiesen und demzufolge zum Fair Value angesetzt, wobei Veränderungen des Fair Value im Nettogewinn (-verlust) aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in die zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den sonstigen Aktiva oder sonstigen Passiva ausgewiesen. Die realisierten und unrealisierten Änderungen des Fair Value dieser Derivate werden in denselben Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen, in die auch die abgesicherte Transaktion einfließt. Die Änderungen des Fair Value aller anderen Derivate, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden im Gewinn (Verlust) aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

EINGEBETTETE DERIVATE

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate mit denjenigen des Basisvertrags nicht eng verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag selbst nicht erfolgswirksam zum Fair Value erfasst, wird das eingebettete Derivat getrennt bilanziert und zum Fair Value erfasst, wobei Wertänderungen im Nettogewinn (-verlust) aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Konzernbilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen.

Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet designiert. Diese unter der Fair Value Option designierten hybriden Instrumente werden mit ihrem Fair Value bilanziert und als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen erfasst. Anschließende Änderungen des Fair Value werden im Nettogewinn (-verlust) aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

BILANZIERUNG VON SICHERUNGSBEZIEHUNGEN (HEDGE ACCOUNTING)

Werden Derivate zum Zweck des Risikomanagements gehalten und erfüllen die entsprechenden Geschäfte spezifische Kriterien, wendet der Konzern Hedge Accounting an. Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des Fair Value von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder verbindlichen Zusagen (Fair Value Hedges); (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (Cashflow Hedges) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe in die Darstellungswährung der Muttergesellschaft (Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation).

Wird Hedge Accounting angewandt, dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie die Risikomanagementziele und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zu Grunde liegt. Teil dieser Dokumentation ist eine Einschätzung darüber, ob das Sicherungsinstrument zu Beginn und im weiteren Verlauf der Absicherung Änderungen des Fair Value, Schwankungen der Cashflows oder Effekte aus der Umrechnung der Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe (jeweils bezogen auf das abgesicherte Risiko) in hohem Maße kompensieren kann. Die Effektivität wird zu Beginn und während der Laufzeit jeder Sicherungsbeziehung bestimmt. Ungeachtet übereinstimmender Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft geht der Konzern nicht ohne Nachweis von einer Hedgeeffektivität aus.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als sonstige Aktiva beziehungsweise sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen. Anschließende Änderungen des Fair Value werden im Gewinn (Verlust) aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Beim Fair Value Hedge werden die Änderungen des Fair Value der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, zusammen mit der Änderung des gesamten Fair Value des Sicherungsderivats in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des Fair Value werden in den sonstigen Erträgen erfasst. Bei der Absicherung des Fremdwährungsrisikos eines als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten finanziellen Vermögenswerts wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des Fair Value ebenfalls in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des Fair Value aus dem Derivat und dem abgesicherten

Grundgeschäft, welche auf Veränderungen der dem abgesicherten Risiko zu Grunde liegenden Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.

Wird eine Sicherungsbeziehung zur Absicherung von Änderungen des Fair Value beendet, weil das zu Grunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, wird die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltene zinsbezogene Anpassung des Fair Value über die Restlaufzeit des gesicherten Finanzinstruments amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Fair-Value-Anpassungen beziehungsweise bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen bei der Ermittlung des bei Veräußerung oder Rückführung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem Fair Value angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesen werden. Die dort zunächst erfassten Beträge werden in denselben Perioden in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgebucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung eines Zinsrisikos zusammen mit den Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst. Bei der Sicherung eines Fremdwährungsrisikos für Wertpapiere „Available for Sale“ werden die aus dem Fremdwährungsrisiko resultierenden Beträge bei Veräußerung des Grundgeschäfts dem Verkaufsgewinn oder -verlust zugeordnet. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich in der Regel als Unterschiedsbetrag aus den Änderungen des Fair Value des eingesetzten Sicherungsderivats mit denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Sicherungsbeziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die aus Zinsrisiken resultieren, werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) enthaltenen Beträge über die Restlaufzeit des ursprünglichen Vertrags als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Bei der vorzeitigen Beendigung anderer Arten von Geschäften zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ergebniswirksam erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Ist der Eintritt der erwarteten Transaktion allerdings nicht mehr wahrscheinlich, werden die Beträge in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe (Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation) in die funktionale Währung der Muttergesellschaft wird die auf der Änderung des Devisenkassakurses beruhende Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des Fair Value wird in die sonstigen Erträge eingestellt.

WERTMINDERUNGEN (IMPAIRMENT) FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung als Ergebnis eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist (Verlustereignis),
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte
- und eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

WERTMINDERUNG VON ZU FORTGEFÜHRTEN ANSCHAFFUNGSKOSTEN BEWERTETEN KREDITEN

Der Konzern beurteilt zunächst auf individueller Ebene für einzeln signifikante Kredite, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die einzeln nicht signifikant sind, und für Kredite, die zwar einzeln signifikant sind, für die aber bei Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management den Eintritt eines Verlustereignisses auf individueller Ebene bestimmen kann, werden alle signifikanten Kreditbeziehungen zu Geschäftspartnern in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Bei dieser Überprüfung werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse, wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder ein Vertragsbruch, wie beispielsweise ein Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen, berücksichtigt.

Sofern für eine individuelle Kreditbeziehung zu einem Geschäftspartner ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem geschätzten erzielbaren Betrag und dem Buchwert des Kredits (der Kredite), einschließlich aufgelaufener Zinsen, ermittelt. Der geschätzte erzielbare Betrag wird als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits ermittelt. Zu den Cashflows gehören auch solche, die aus einer Zwangsvollstreckung abzüglich der Kosten der Aneignung und des Verkaufs der Sicherheiten resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Die kollektive Beurteilung der Wertminderung zielt auf die Bildung einer Wertberichtigung für Kredite ab, die entweder einzeln signifikant sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt oder die einzeln nicht signifikant sind, für die jedoch auf Portfolioebene ein Verlust wahrscheinlich eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Länderrisiken, das heißt für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Rahmen von Kreditengagements in solchen Ländern, bei denen erheblich daran gezweifelt wird, dass die dort ansässigen Kontrahenten auf Grund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, ermittelt und überwacht werden. Die zweite Komponente stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, welcher die eingetretenen Verluste auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst. Die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente stellt eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste dar, die weder individuell identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird, obwohl die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt wurde, der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden auf Veränderungen des erzielbaren Betrags untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Wertaufholung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder an den Konzern übertragen wurden, wird der Kredit gegen die zugehörige Wertberichtigung aus-

gebucht. Nachfolgende Zahlungseingänge aus abgedruckten Forderungen werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Wertminderungen und Wertminderungsverluste für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft werden anhand der gleichen Bewertungsverfahren wie die Wertberichtigungen für Kreditausfälle ermittelt. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen unter den sonstigen Verbindlichkeiten und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

WERTMINDERUNG VON ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beurteilt das Management zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Vermögenswerts oder einer Gruppe von Vermögenswerten vorliegen.

Für Eigenkapitalinstrumente, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang im Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, so ist der kumulative unrealisierte Verlust, der zuvor im Konzerneigenkapital in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst wurde, aus dem Eigenkapital in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Nettogewinn (-verlust) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Dieser Betrag wird als Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem aktuellen Fair Value des Vermögenswerts abzüglich von zuvor erfolgswirksam erfassten Wertminderungsverlusten dieses Vermögenswerts ermittelt. Wertminderungen von Eigenkapitalinstrumenten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, werden nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht. Erhöhungen des Fair Value nach einer Wertminderung werden im Eigenkapital erfasst.

Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird die Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt. Wertminderungen von Schuldtiteln werden erfolgswirksam rückgängig gemacht, sofern der Wertanstieg objektiv mit einem spezifischen nach der Wertminderung eingetretenen Ereignis im Zusammenhang steht.

AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN UND VERPFLICHTUNGEN

AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche bezüglich der Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern entweder die vertraglich vereinbarten Ansprüche, die Cashflows aus diesem Vermögenswert zu erhalten, übertragen, oder, in Abhängigkeit von bestimmten Kriterien, die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger zu zahlen.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern tritt in Transaktionen ein, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesem Vermögenswert verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Kreditvergabe (Secured Financing) bilanziert.

Im Falle von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern die über-

tragenen Vermögenswerte aus, wenn die Verfügungsmacht über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen wie Servicing Assets und Servicing Liabilities werden als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten getrennt erfasst. Wird die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert beibehalten, erfasst der Konzern weiterhin den Vermögenswert dem Umfang des fortgeführten Engagements entsprechend. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, dem der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden zudem angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts statt des gesamten Vermögenswerts übertragen wird, oder, sofern angebracht, auf eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

VERBRIEFUNGSTRANSAKTIONEN

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden über den Verkauf an eine Zweckgesellschaft (SPE), die wiederum Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte nicht zu einer Konsolidierung einer Zweckgesellschaft oder zu einer anhaltenden Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden diese primär in den erfolgswirksam zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerten erfasst und zum Fair Value ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen Fair Value am Stichtag der Übertragung erfolgt. Gewinne oder Verluste aus Verbriefungen werden als Gewinne/Verluste aus erfolgswirksam zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, sofern die transferierten Vermögenswerte als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden.

AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird sowie bei Fälligkeit. Wenn eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit gegen eine Verbindlichkeit mit demselben Kreditgeber zu wesentlich unterschiedlichen Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch beziehungsweise eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

FORDERUNGEN UND VERBINDLICHKEITEN AUS WERTPAPIERPENSIONSGESCHÄFTEN

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt, die jeweils mit den gezahlten oder erhaltenen Barmitteln angesetzt werden. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Finanzierungssicherheit dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über „Reverse Repos“ erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über „Repos“ gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Bilanz gebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen ausgewiesen.

WERTPAPIERLEIHE

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barleistung zu erbringen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Entlehene und verliehene Wertpapiere werden jeweils mit den gezahlten oder empfangenen Barmitteln angesetzt.

Entlehene Wertpapiere werden bilanziell nicht ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Gewinn/Verlust aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. Die als Sicherheit für Wertpapierleihen aus dem Eigenbestand verpfändeten Wertpapiere, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

AUFRECHNUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Bilanz als Nettowert ausgewiesen, wenn, und nur wenn, eine Aufrechnung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzbar ist und die Absicht vorliegt, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder den Vermögenswert zu realisieren und die Verbindlichkeit gleichzeitig zu begleichen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

SACHANLAGEN

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemieteten Räumen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattungen drei bis zehn Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum aus der Mietdauer oder der erwarteten betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis 15 Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in den Allgemeinen und Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst, werterhöhende Umbauten werden aktiviert. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden mindestens einmal im Jahr auf ihre Werthaltigkeit geprüft und eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem Fair Value oder dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungs-

aufwand in künftigen Berichtsperioden so angepasst, dass der geänderte Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend auf diese Perioden verteilt wird. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

GOODWILL UND SONSTIGE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Goodwill entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures, und stellt den Betrag dar, um den die Summe aus Anschaffungskosten sowie den dem Unternehmenszusammenschluss direkt zurechenbaren Kosten den Reinvermögenswert übersteigt. Dieser ergibt sich aus dem Netto-Fair-Value des von dem Konzern erworbenen Anteils an den identifizierbaren Vermögenswerten, Schulden sowie Eventualschulden, die zum Akquisitionsdatum übernommen wurden.

Für die Ermittlung des Goodwill werden die jeweiligen Fair Values der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualschulden auf der Basis von Marktwerten festgelegt oder der Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Diskontierung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder basiert auf risikofreien Zinsen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows.

Goodwill wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt häufiger, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Goodwill vermindert haben könnte. Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den Zahlungsmittel generierenden Einheiten (Cash Generating Units) zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Auf dieser Grundlage stellen sich die Zahlungsmittel generierenden Einheiten (Cash Generating Units) des Konzerns wie folgt dar:

- Global Markets and Corporate Finance (innerhalb des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities)
- Global Transaction Banking
- Asset Management and Private Wealth Management (innerhalb des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management)
- Private & Business Clients und
- Corporate Investments

Goodwill aus Akquisitionen von assoziierten Unternehmen und Joint Ventures ist im Buchwert der Beteiligung enthalten. Gewinne und Verluste aus der Veräußerung einer Zahlungsmittel generierenden Einheit enthalten den Buchwert des Goodwill in Bezug auf die veräußerte Zahlungsmittel generierende Einheit.

Immaterielle Vermögenswerte werden vom Goodwill getrennt ausgewiesen, wenn sie auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen oder separierbar sind und ihr Fair Value zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte wie Kundenverträge, Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen und Ansprüche aus der Verwaltung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft werden zu Anschaffungskosten ausgewiesen und proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden über einen Zeitraum von drei bis 15 Jahren abgeschrieben, basierend auf der erwarteten Nutzungsdauer. Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer – primär Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Privatanlegern – werden nicht planmäßig abgeschrieben. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit und ihre Nutzungsdauer überprüft.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn der Konzern daraus mit großer Wahrscheinlichkeit wirtschaftliche Vorteile ziehen kann und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Kapitalisierte Aufwendungen werden linear über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Planung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst.

FINANZGARANTIE

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Inhaber der Garantiezusage für einen Verlust zu entschädigen, der aus dem Versäumnis eines bestimmten Schuldners, unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen zu leisten, entstanden ist. Solche Garantiezusagen werden an Banken, Finanzinstitute und sonstige Institutionen im Auftrag von Kunden eingeräumt, um Kredite, Kreditlinien und sonstige Bankfazilitäten zu besichern.

Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz zum Fair Value an dem Tag ausgewiesen, an dem die Garantie begeben wurde, wobei der Fair Value üblicherweise der erhaltenen Prämie entspricht. Nach dem Erstansatz werden die Verbindlichkeiten des Konzerns aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem beim erstmaligen Ansatz ermittelten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Diese Schätzwerte werden auf der Grundlage von Erfahrungen bei ähnlichen Transaktionen und Verlusten in der Vergangenheit, ergänzt um die Einschätzung des Managements, festgelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen bilanziert.

LEASINGGESCHÄFTE

LEASINGGEBER

Die an Kunden nach Maßgabe von Vereinbarungen vermieteten Vermögenswerte, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen an den Kunden übertragen werden, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert mit oder ohne ultimativen Rechtsanspruch verbunden sind, werden als Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert. Unterliegen Vermögenswerte einem Finanzierungsleasingverhältnis, so wird der Barwert der Leasingzahlungen, der mit dem dem Leasingvertrag zu Grunde liegenden Zinssatz diskontiert wurde, als Forderung bilanziert. Der Finanzierungsertrag wird über die Dauer des Leasingverhältnisses nach einer Methode, die einen konstanten periodischen Ertrag aus der Investition in das Finanzierungsleasingverhältnis widerspiegelt, erfasst.

Die an Kunden nach Maßgabe von Vereinbarungen vermieteten Vermögenswerte, bei denen nicht alle wesentlichen Risiken und Chancen an den Kunden übertragen werden, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, werden als Operating Leases klassifiziert. Die vermieteten Vermögenswerte sind in dem Posten Sachanlagen in der Konzernbilanz enthalten und eine Abschreibung auf den abschreibungsfähigen Betrag dieser Vermögenswerte erfolgt systematisch über ihre erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Leasingerträge werden linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst.

LEASINGNEHMER

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen über die Mietdauer, die mit dem Erhalt der Verfügungsmacht über die physische Nutzung der Sachanlage durch den Leasingnehmer beginnt, linear abgegrenzt. Mietvergünstigungen werden wie eine Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls über die Mietdauer linear abgegrenzt.

Bei Sale-and-Leaseback-Transaktionen, die einen Operating Lease begründen, hängt die Gewinnrealisierung aus dem Verkauf vom Vergleich des Verkaufspreises mit dem Fair Value ab. Sofern der Verkaufspreis dem Fair Value entspricht, wird der Gewinn unmittelbar erfasst. Bei einer Sale-and-Leaseback-Transaktion, die zu einem Finanzierungsleasingverhältnis führt, wird der gesamte Gewinn in der Regel abgegrenzt und über die Dauer des Leasingvertrags amortisiert.

MITARBEITERVERGÜTUNGEN

PENSIONSZUSAGEN

Der Konzern bietet den Mitarbeitern bestimmter Konzerngesellschaften beitrags- und leistungsdefinierte Versorgungspläne für die Zeit nach der Pensionierung an. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Sämtliche leistungsdefinierten Pläne werden gemäß der Methodik des Ansammlungsverfahrens (Projected Unit Credit Method) bewertet, um die Pensionsverpflichtung und die damit verbundenen Aufwendungen zu ermitteln. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden nach der 10%-„Korridor“-Methode erfasst. Demnach wird ein Teil der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn die kumulativen nicht berücksichtigten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorangegangenen Berichtsperiode jeweils den höheren Wert von a) 10 % des Barwerts der Pensionsverpflichtung zu diesem Zeitpunkt (vor Abzug des Planvermögens) und b) 10 % des Fair Value des Planvermögens, sofern vorhanden, zu diesem Zeitpunkt überschritten haben. Die leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns sind in der Regel unternehmensextern finanziert (funded).

SONSTIGE VERSORGUNGSZUSAGEN

Darüber hinaus unterhalten Konzerngesellschaften unternehmensintern finanzierte, beitragspflichtige Gesundheitsfürsorgepläne für pensionierte Mitarbeiter. Diese sonstigen Versorgungszusagen werden im Wesentlichen gegenüber pensionierten Mitarbeitern mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten abgegeben. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der anspruchsberechtigten medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts erstattet. Der Konzern dotiert diese Pläne in Abhängigkeit von den zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Versorgungszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik des Ansammlungsverfahrens bewertet. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden nach der 10%-„Korridor“-Methode erfasst.

AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN

Der Konzern erfasst alle aktienbasierten Mitarbeitervergütungen nach der Fair-Value-Methode. Nach dieser Methode wird der Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der Fair Value dem zu Grunde liegenden Börsenkurs der Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr Fair Value unmittelbar nach der Modifizierung ihren Fair Value direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und die daraus resultierende Zunahme des Fair Value wird als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden über einen kürzeren Zeitraum erfasst, indem der Erfassungszeitraum für diesen Aufwand auf den Zeitraum ab dem Tag der Gewährung bis zu dem Tag verringert wird, an dem der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt, und nicht bis zur Unverfallbarkeit. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Der Konzern erfasst den Ausgleichsbetrag für den ausgewiesenen Personalaufwand in der Kapitalrücklage (APIC). Der Personalaufwand wird in der Periode linear erfasst, in welcher der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden, oder, bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, über die Laufzeit der Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig im Fall von tatsächlich verfallenden Ansprüchen oder sich verändernden Erwartungen angepasst. Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum Fair Value bewertet und werden bis zur Zahlung in den sonstigen Passiva ausgewiesen.

VERPFLICHTUNG ZUM ERWERB EIGENER AKTIEN

Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen werden in den Fällen, in denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zu Grunde liegen, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Anzahl von Aktien festgelegt ist und die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung zum Fair Value der Aktien angesetzt, der dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option entspricht. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird. Für Terminkäufe auf Minderheitenanteile von Konzerngesellschaften erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals.

Die Verbindlichkeit für Kontrakte mit fest vereinbarten Kaufpreisen für die Aktien wird nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung (Accrual Basis) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen werden als Zinsaufwendungen erfasst. Bei Abrechnung dieser Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber als Eigene Aktien im Bestand reklassifiziert wird.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien zum Zwecke der Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sondern zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Kauf- und Verkaufsoptionen, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zu Grunde liegen, bei denen die Anzahl von Aktien festgelegt ist und die Erfüllung durch die Lieferung von Aktien erfolgen muss, werden nicht als Derivate klassifiziert. Eine zum Vertragsabschluss gezahlte Prämie wird im Eigenkapital erfasst.

Alle anderen als die oben beschriebenen derivativen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zu Grunde liegen, werden als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Vermögensgegenstände/Verpflichtungen erfasst.

ERTRAGSTEUERN

Der Konzern erfasst für im Konzernabschluss berücksichtigte Geschäftsvorfälle laufende und latente Steuern. Dabei werden die Bestimmungen der entsprechenden Steuergesetze in den jeweiligen Ländern angewandt. Tatsächliche und latente Steuern werden im Eigenkapital erfasst, wenn die Steuern Geschäftsvorfälle betreffen, die direkt im Eigenkapital als Belastung oder Gutschrift bilanziert sind.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte, die aus temporären Differenzen zwischen den bilanzierten Buchwerten der Vermögensgegenstände und Schulden und deren steuerrechtlichen Ansätzen resultieren, für Verlustvorträge sowie für Steuerguthaben gebildet. Latente Steuerforderungen werden nur soweit erfasst, wenn wahrscheinlich ist, dass zukünftig ausreichende steuerliche Gewinne erzielt werden.

Für aktienbasierte Vergütungen kann der Konzern einen Steuerabzug erhalten. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. An jedem Bilanzstichtag ist der erwartete zukünftige Steuerabzug auf der Basis des aktuellen Aktienkurses zu schätzen. Übersteigt der tatsächliche oder voraussichtliche steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil in die Kapitalrücklage eingestellt. Unterschreitet der tatsächliche oder voraussichtliche steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird die latente Steuerforderung insoweit für den Berichtszeitraum gemindert und als Steueraufwand erfasst.

Aktive und passive latente Steuern werden auf der Grundlage der Steuersätze bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der die Steuerforderungen realisiert oder die Steuerverbindlichkeiten beglichen werden. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der gültigen oder angekündigten Steuersätze und Steuervorschriften am Bilanzstichtag.

Latente Steuern werden auf die temporären Wertunterschiede ausgewiesen, die aus Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an Joint Ventures resultieren, außer wenn der Zeitpunkt der Umkehrung des temporären Wertunterschieds durch den Konzern bestimmt wird und es wahrscheinlich ist, dass sich der Unterschied nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht.

Latente Steuerforderungen auf Verlustvorträge sowie ungenutzte Steuerguthaben werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass zukünftig steuerliche Gewinne erzielt werden.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten finanziellen Vermögenswerten zum Fair Value und Cashflow Hedges, die direkt im Eigenkapital ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt im Eigenkapital bilanziert und bei Veräußerung mit in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern eine bestehende rechtliche oder faktische Verpflichtung auf Grund früherer Ereignisse hat, es wahrscheinlich ist, dass ein Abfluss von Ressourcen erforderlich sein wird, um die Verpflichtung zu erfüllen, und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist.

Bei einer wesentlichen Wirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die spezifischen Risiken in Bezug auf die Verpflichtung widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind, sowie Sichteinlagen bei Banken.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf IFRS 8 ‚Operating Segments‘, der die Anforderungen an die Berichterstattung über die Finanzergebnisse der Geschäftssegmente einer Gesellschaft definiert. Der IFRS 8 löst den IAS 14 ‚Segment Reporting‘ ab. Er folgt dem Management Approach, der (1) die Basis für unsere interne Steuerung darstellt und (2) der Grundlage, auf der wir unsere Segmentinformationen in der Vergangenheit ermittelt haben, entspricht. IFRS 8, der noch nicht von der EU übernommen ist, wurde im November 2006 vom IASB verabschiedet. Er tritt für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen, in Kraft. Eine vorzeitige Anwendung ist erlaubt.

Die Segmentberichterstattung folgt der Organisationsstruktur des Konzerns, die den internen Managementberichts-systemen zu Grunde liegt. Auf Basis dieser Systeme wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden.

Im ersten Quartal 2007 gab es keine Änderungen bezüglich der Organisationsstruktur oder Managementverantwortlichkeiten.

Im Folgenden beschreiben wir einige Transaktionen, die sich wesentlich auf unsere Segmentberichterstattung auswirkten:

- Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition der Berliner Bank ab, die in den Unternehmensbereich Private & Business Clients integriert wurde.
- Mit Wirkung zum 2. Januar 2007 verkündete der Konzern den Abschluss der Akquisition von MortgageIT Holdings, Inc., einem auf die Vergabe, den Ankauf, die Verbriefung und den Verkauf von Hypothekendarlehen spezialisierten Real Estate Investment Trust (REIT) in den Vereinigten Staaten. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities eingegliedert.
- Am 22. Januar 2007 verkaufte der Konzern die zweite Tranche (41 %) der italienischen Processingaktivitäten von BankAmericard an das Zentralinstitut der italienischen Volksbanken, das Istituto Centrale delle Branche Popolari Italiane („ICBPI“). Dieses Geschäft ist bislang Bestandteil des Unternehmensbereichs Private & Business Clients.
- Am 23. März 2007 gab der Konzern die Unterzeichnung einer Vereinbarung mit Aberdeen Asset Management über den Verkauf des australischen Asset-Management-Operation-Geschäfts bekannt. Das Geschäft ist derzeit dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management zugeordnet.

1. Quartal 2007	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	6.117	612	6.729	1.008	1.425	2.434	438¹	- 25	9.576
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 21	1	- 20	1	116	117	1	0	98
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.949	397	4.347	817	1.016	1.833	134	3	6.315
davon/darin:									
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	54	-	54
Restrukturierungsaufwand	- 3	- 0	- 3	- 4	- 0	- 4	0	-	- 8
Minderheitsanteile	8	-	8	2	0	3	- 0	- 11	-
Ergebnis vor Ertragsteuern	2.180	214	2.394	188	293	481	305	- 17	3.163
Aufwand-Ertrag-Relation	65 %	65 %	65 %	81 %	71 %	75 %	30 %	N/A	66 %
Aktiva ²	1.614.715	25.680	1.625.655	36.860	101.647	138.463	17.580	7.537	1.747.031
Durchschnittliches Active Equity ³	17.768	1.053	18.822	5.074	3.372	8.445	681	311	28.259
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	49 %	81 %	51 %	15 %	35 %	23 %	179 %	N/A	45 %

N/A – Nicht aussagefähig

1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A.) in Höhe von 128 Mio € und Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio €.

2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Seite 60. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 37 %.

1. Quartal 2006	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	5.185	536	5.720	1.060	1.305	2.365	166¹	- 238	8.013
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 56	- 16	- 72	- 1	85	85	- 4	0	9
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.252	370	3.622	826	918	1.744	43	- 6	5.403
davon/darin:									
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	14	7	22	12	8	20	0	-	42
Minderheitsanteile	11	-	11	1	0	1	0	- 12	-
Ergebnis vor Ertragsteuern	1.978	181	2.159	233	302	535	127	- 220	2.601
Aufwand-Ertrag-Relation	63 %	69 %	63 %	78 %	70 %	74 %	26 %	N/A	67 %
Aktiva ²	1.446.482	25.646	1.455.615	35.924	94.709	130.593	17.783	7.811	1.571.768
Durchschnittliches Active Equity ³	15.515	1.081	16.596	4.993	1.948	6.941	990	11	24.537
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	51 %	67 %	52 %	19 %	62 %	31 %	51 %	N/A	42 %

N/A – Nicht aussagefähig

1 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO in Höhe von 131 Mio €.

2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Seite 60. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 36 %.

Im ersten Quartal 2007 verzeichnete Consolidation & Adjustments einen Verlust vor Steuern von 17 Mio€ gegenüber einem Verlust vor Steuern von 220 Mio€ im Vorjahresquartal. Das erste Quartal des Vorjahres war durch negative Überleitungsposten beeinflusst, die zwischen den für die Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards gemäß IFRS entstehen (insbesondere bei der Bilanzierung von begebenen Schuldverschreibungen, aber auch von Eigenen Aktien). Der Nettoeffekt aus diesen Bilanzierungsunterschieden war im ersten Quartal 2007 nicht materiell.

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank sowie des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management für das erste Quartal 2007 und 2006:

ERTRAGSKOMPONENTEN DES KONZERNBEREICHS CORPORATE AND INVESTMENT BANK

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Emissionsgeschäft (Equity)	146	154
Emissionsgeschäft (Debt)	401	323
Emissionsgeschäft insgesamt	547	477
Sales & Trading (Equity)	1.713	1.546
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.355	2.807
Sales & Trading insgesamt	5.068	4.352
Beratung	251	202
Kreditgeschäft	320	217
Transaction Services	612	536
Sonstige Produkte	- 68	- 64
Insgesamt	6.729	5.720

ERTRAGSKOMPONENTEN DES KONZERNBEREICHS PRIVATE CLIENTS AND ASSET MANAGEMENT

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Portfolio/Fund Management	701	729
Brokeragegeschäft	550	546
Kredit-/Einlagengeschäft	763	663
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	223	215
Sonstige Produkte	196	211
Insgesamt	2.434	2.365

Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung (nicht testiert)

ZINSÜBERSCHUSS UND ERGEBNIS AUS ZUM FAIR VALUE BEWERTETEN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN/VERPFLICHTUNGEN

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Zinsüberschuss	2.053	1.638
Handelsergebnis	4.143	3.604
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 207	- 532
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.936	3.072
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	5.989	4.710
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:		
Sales & Trading (Equity)	1.430	1.090
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.037	2.470
Sales & Trading insgesamt	4.467	3.560
Kreditgeschäft ¹	172	99
Transaction Services	307	262
Übrige Produkte ²	193	113
Corporate and Investment Bank insgesamt	5.138	4.034
Private Clients and Asset Management	851	761
Corporate Investments	25	- 23
Consolidation & Adjustments	- 24	- 61
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	5.989	4.710

1 Enthält sowohl die Zinsspanne für Darlehen als auch die Veränderungen im Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

2 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

PROVISIONSÜBERSCHUSS

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	909	920
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	1.360	1.245
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	662	650
Provisionsüberschuss insgesamt	2.931	2.815

PENSIONS- UND SONSTIGE VERSORGUNGSZUSAGEN

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Dienstzeitaufwand ¹	69	82	1	2
Zinsaufwand	109	99	2	3
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 109	- 103	-	-
Amortisation von nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-	-	-
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/Gewinnen (-)	-	-	- 1	-
Planabgeltungen/Plankürzungen	-	- 1	-	-
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	69	77	2	5
Aufwand für beitragsdefinierte Pläne	58	53	-	-
Nettovorsorgeaufwand	127	130	2	5

¹ Der Dienstzeitaufwand für Pensionspläne enthält sofort amortisierten Aufwand, vor allem für Erhöhungen von Versorgungszusagen auf Grund von Vorruhestands- und Abfindungsregelungen in Deutschland.

Zusätzlich wurden im 1.Quartal 2007 Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland in Höhe von 37 Mio € aufwandswirksam erfasst (35 Mio € im ersten Quartal 2006).

Die Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden 2007 voraussichtlich circa 300 Mio € betragen, wobei die endgültige Festlegung im vierten Quartal 2007 erfolgen wird.

SACHAUFWAND UND SONSTIGER AUFWAND

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
EDV-Aufwendungen	422	361
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	329	297
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	268	270
Kommunikation und Datenadministration	169	159
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	116	102
Zahlungsverkehr-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	109	108
Marketingaufwendungen	88	80
Übrige Aufwendungen	439	362
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	1.940	1.739

Angaben zur Bilanz (nicht testiert)

ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE/VERPFLICHTUNGEN

in Mio €	31.3.2007	31.12.2006
Handelsaktiva:		
Festverzinsliche Wertpapiere	318.875	295.252
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	125.478	128.876
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	384.482	375.218
Sonstige Handelsaktiva	84.944	62.854
Handelsaktiva insgesamt	913.779	862.200
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	167.772	159.441
Forderungen aus Wertpapierleihen	68.482	62.195
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.980	6.227
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	1.006	982
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	248.240	228.845
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.162.019	1.091.045

in Mio €	31.3.2007	31.12.2006
Handelspassiva:		
Festverzinsliche Wertpapiere	94.949	90.296
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	42.988	35.266
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	400.839	392.060
Sonstige Handelspassiva	297	183
Handelspassiva insgesamt	539.073	517.805
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	165.458	136.068
Langfristige Verbindlichkeiten	16.204	9.797
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.834	2.623
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	184.496	148.488
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	723.569	666.293

ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

in Mio €	31.3.2007				31.12.2006			
	Fair Value	Unrealisierte Bruttobewertungsergebnisse		Fortgeführte Anschaffungskosten	Fair Value	Unrealisierte Bruttobewertungsergebnisse		Fortgeführte Anschaffungskosten
		Gewinne	Verluste			Gewinne	Verluste	
Festverzinsliche Wertpapiere	23.597	142	158	23.613	24.749	184	161	24.726
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	8.463	3.857	9	4.615	7.813	3.143	8	4.678
Sonstiger Anteilsbesitz	1.235	133	4	1.106	1.182	146	-	1.036
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.455	-	8	1.463	1.527	-	12	1.539
Insgesamt	34.750	4.132	179	30.797	35.271	3.473	181	31.979

PROBLEMKREDITE

in Mio €	31.3.2007			31.12.2006		
	Individuell bewertet	Kollektiv bewertet	Insgesamt	Individuell bewertet	Kollektiv bewertet	Insgesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung	1.714	1.124	2.838	1.828	1.092	2.920
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	3	125	128	4	181	185
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	84	–	84	109	–	109
Insgesamt	1.802	1.249	3.051	1.941	1.273	3.214
Davon: IFRS-wertgeminderte Kredite	1.523	1.124	2.648	1.625	1.092	2.717

RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT

Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Bestand am Jahresanfang	1.670	1.832
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	100	13
Nettoabschreibungen	– 95	– 129
Abschreibungen	– 163	– 214
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	68	86
Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises	–	–
Effekte aus Wechselkursänderungen/Sonstige	– 18	– 19
Bestand am Periodenende	1.657	1.697

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006
Bestand am Jahresanfang	256	316
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	– 2	– 4
Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises	6	–
Effekte aus Wechselkursänderungen	– 1	– 2
Bestand am Periodenende	259	310

SONSTIGE AKTIVA UND PASSIVA

in Mio €	31.3.2007	31.12.2006
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	27.360	25.258
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	22.685	26.090
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	9.739	11.109
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	130.283	51.543
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	190.067	114.000
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	6.073	6.127
Sonstige	23.426	18.904
Sonstige Aktiva insgesamt	219.566	139.031

in Mio €	31.3.2007	31.12.2006
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	17.540	15.170
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	23.226	29.136
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	11.115	8.347
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	133.937	54.936
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	185.818	107.589
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	5.806	6.148
Sonstige	29.517	30.393
Sonstige Passiva insgesamt	221.141	144.130

LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN

in Mio €	31.3.2007	31.12.2006
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen:	127.595	116.065
mit fester Verzinsung	76.526	71.897
mit variabler Verzinsung	51.069	44.168
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen:	9.591	10.950
mit fester Verzinsung	4.547	4.911
mit variabler Verzinsung	5.044	6.039
Insgesamt	137.186	127.015

RESTRUKTURIERUNGSRÜCKSTELLUNG

in Mio €	Restrukturierungsrückstellung gebildet im		Insgesamt
	4. Quartal 2005	Geschäftsjahr 2006	
Stand zum 31.12.2006	6	54	60
Zuführung	–	–	–
Zweckbestimmte Verwendung	–	32	32
Auflösung	1	7	8
Stand zum 31.3.2007	5	15	20

AUSGEBEBENE STAMMAKTIE UND AUSSTEHENDE STAMMAKTIE

in Mio	31.3.2007	31.12.2006
Ausgegebene Stammaktien	525,5	524,8
Eigene Aktien im Bestand	22,4	26,1
– davon Aktienrückkaufprogramm	21,6	25,9
– davon sonstige Bestände	0,8	0,2
Ausstehende Stammaktien	503,1	498,7

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

EIGENKAPITAL GEMÄSS BIZ

in Mio €	31.3.2007	31.12.2006
Tier-I		
Stammaktien	1.345	1.343
Kapitalrücklage	15.788	15.246
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Minderheitsanteile	15.882	13.631
Nicht kumulative Vorzugsaktien	4.481	4.496
In Abzug gebrachte Posten (unter anderem Immaterielle Vermögenswerte)	- 12.542	- 11.177
Kernkapital insgesamt	24.954	23.539
Tier-II		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	1.518	1.235
Sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken	362	359
Kumulative Vorzugsaktien	454	759
Nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	7.490	8.417
Ergänzungskapital insgesamt	9.824	10.770
Aufsichtsrechtliches Kapital insgesamt	34.778	34.309

BIZ-RISIKOPOSITION UND KAPITALADÄQUANZQUOTEN

in Mio €, sofern nicht anders angegeben	31.3.2007	31.12.2006
BIZ-Risikoposition ¹	285.393	275.459
BIZ-Kernkapitalquote (Tier-I)	8,7 %	8,5 %
BIZ-Eigenkapitalquote (Tier-I + -II + -III) ²	12,2 %	12,5 %

1 Vorwiegend bestehend aus Risikoaktiva. Darin enthalten ist weiterhin ein Marktrisikoäquivalent von 12,2 Mrd € zum 31. März 2007 (31. Dezember 2006: 11,6 Mrd €).

2 Zurzeit bestehen keine Tier-III-Kapitalkomponenten.

ZUSAGEN UND EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Die nachstehende Tabelle zeigt den Nominalwert der Kreditzusagen und Garantien des Konzerns. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden als Rückstellungen erfasst.

in Mio €	31.3.2007	31.12.2006
Unwiderrufliche Kreditzusagen		
für Buch- und Wechselkredite	128.408	127.699
für Garantien und Akkreditive	1.228	1.664
Platzierungs- und Übernahmezusagen	825	1.202
Unwiderrufliche Kreditzusagen insgesamt	130.461	130.565
Garantien und Haftungsübernahmeerklärungen	40.391	38.473
Insgesamt	170.852	169.038

Die hier gezeigten Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten bilden nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme aus diesen Verträgen ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme fällig werden. Eventuell verlangt der Konzern die Stellung von Sicherheiten, um das Kreditrisiko dieser Verpflichtungen zu mindern.

SONSTIGE EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Infolge der Charakteristik ihrer Geschäftsaktivitäten sind die Deutsche Bank und ihre Tochtergesellschaften in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen können. Dazu gehören auch die nachstehend beschriebenen Verfahren. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Deutsche Bank-Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten, einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren, Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten. Das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen. Die endgültige Verbindlichkeit der Deutschen Bank kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten der Bank bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, seiner Erfahrungen und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Stellungnahme von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadenersatzansprüche geltend machen. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist die Bank der Überzeugung, dass die Finanzlage des Konzerns davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jeder der vorstehend dargestellten Rechtsstreitigkeiten, die jeweils eine Anzahl von Einzelverfahren umfassen, sind nach Einschätzung der Bank die voraussichtlich möglichen Verluste in Bezug auf diese Streitigkeiten, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

ENRON. Die Deutsche Bank und einige mit ihr verbundene Unternehmen sind gemeinsam in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit ihren Geschäftsbeziehungen zur Enron Corp., deren Tochtergesellschaften und bestimmten Enron nahestehenden Gesellschaften („Enron“) involviert. Zu diesen Rechtsstreitigkeiten gehört eine Sammelklage, die im Namen von Enron-Aktionären erhoben wurde, die als *Newby v. Enron Corp.* bezeichnet wird. In der Klageschrift werden Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen gegen die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften behauptet. Am 5. Juni 2006 wies das Gericht sämtliche in der *Newby*-Klage gegen die Deutsche Bank AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen geltend gemachten Ansprüche ab. Am 21. Juni 2006 reichte der Musterkläger in dem *Newby*-Verfahren einen Antrag ein, dass das Gericht die Abweisung der Klage gegen die Deutsche Bank AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen in der Sache *Newby* überprüfen möge. Am 8. Februar 2007 wies das Gericht diesen Antrag des Musterklägers ab.

Ferner wurde von Enron vor dem Konkursgericht ein Streitverfahren unter anderem gegen die Deutsche Bank AG und einige mit ihr verbundene Unternehmen eingeleitet. In diesen Verfahren fordert Enron von den Deutsche Bank-Parteien Schadenersatz, gestützt auf verschiedene Anspruchsgrundlagen nach dem Common Law, und fordert zudem die Rückgabe von behaupteten Vermögensübertragungen und Vorrechten zum Nachteil der Gläubiger sowie den Rangrücktritt ihrer Ansprüche in dem Enron-Konkurs.

Zusätzlich zu *Newby* und dem oben genannten Streitverfahren sind Einzelklagen von Enron-Investoren und -Gläubigern bei verschiedenen Gerichten anhängig, die Ansprüche aus US-Bundes- und einzelstaatlichem Recht gegen die Deutsche Bank AG und einige mit ihr verbundene Unternehmen behaupten.

STEUERBEZOGENE FINANZPRODUKTE. Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzdienstleistun-

gen erbracht. Die Kunden haben auf Grund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten, dass die Deutsche Bank und die Berater sie unzulässigerweise dahin gehend irreführt haben, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundesgerichten und einzelstaatlichen Gerichten und vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich sowohl auf die Verletzung von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um angebliche Sammelklagen. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 56 Verfahren wurden beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa 30 weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages) einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery).

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und 2001 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen einschließlich der Deutschen Bank bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement) ab, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte erbracht wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte erbracht. Die Ermittlungen des DOJ dauern an.

KIRCH. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht Klage gegen Dr. Breuer und die Deutsche Bank und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zum Kirch-Konzern gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Kirch finanziell geschädigt. Am 24. Januar 2006 hat der BGH dieser Schadenersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft des Kirch-Konzerns, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der Konzernholdinggesellschaft, TaurusHolding GmbH & Co. KG, wurden abgewiesen. Um einen Zahlungstitel gegen die Deutsche Bank zu erhalten, müsste Dr. Kirch ein neues Verfahren anstrengen. In diesem Verfahren müsste er detailliert nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. In einem Forderungsschreiben vom Januar 2007 wurde ein Schaden in Höhe von circa 1,4 Mrd€ zuzüglich Zinsen behauptet, ohne die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens dargelegt zu haben.

Dr. Kirch hat außerdem im Jahr 2003 ein weiteres Verfahren vor dem Supreme Court des Staates New York angestrengt, in dem er auf Grund des Interviews die Zuerkennung von Schadenersatz und Strafschadenersatz (Punitive Damages) begehrt. Nach der Verweisung an den U.S. District Court for the Southern District of New York wurde die Klage, die zwischenzeitlich noch durch Einbeziehung weiterer Kläger und Beklagter erweitert worden war, am 24. September 2004 abgewiesen. Die Kläger hatten gegen diese Entscheidung Rechtsmittel eingelegt. Am 5. Juni

2006 erließ der U.S. Court of Appeals for the Second Circuit sein Urteil, mit dem die Abweisung der Klagen teilweise bestätigt und im Übrigen an das Gericht der ersten Instanz mit der Maßgabe zurückverwiesen wurde, zu prüfen, ob nicht New York ein dafür ungeeigneter Gerichtsstand (Forum Non Conveniens) ist oder ob nicht darüber schon anderweitig entschieden wurde. Der U.S. District Court for the Southern District of New York hat daraufhin die Klage abgewiesen, weil New York ein dafür ungeeigneter Gerichtsstand war. Die Entscheidung ist in Rechtskraft erwachsen.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften des Kirch-Konzerns abtreten lassen und ist auch eine Klägerin in dem Verfahren in den USA. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadenersatzpflicht der Deutschen Bank und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank in Bezug auf verschiedene Unternehmen des Kirch-Konzerns. In einem Forderungsschreiben vom Januar 2007 wurde ein vorläufiger Schaden in Höhe von circa 2 Mrd€ zuzüglich Zinsen behauptet, ohne die Kausalität über Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens dargelegt zu haben.

PHILIPP HOLZMANN AG. Die Philipp Holzmann AG („Holzmann“) war ein großes deutsches Bauunternehmen, das im März 2002 Insolvenzantrag gestellt hat. Die Deutsche Bank war viele Jahrzehnte ein bedeutender Kreditgeber von Holzmann und hielt eine Beteiligung. Von April 1997 bis April 2000 war ein früheres Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG Vorsitzender des Aufsichtsrats des Unternehmens. Als Holzmann Ende 1999 zahlungsunfähig wurde, beteiligte sich ein von der Deutschen Bank geführtes Bankenkonsortium Ende 1999 und Anfang 2000 an der Sanierung von Holzmann mit Einräumung einer Kreditlinie, der Beteiligung an einer Kapitalerhöhung und dem Tausch von Forderungen in Wandelanleihen. Das Sanierungspaket umfasste etwa 1,6 Mrd€, wovon die Deutsche Bank 547 Mio€ darstellte. Im März 2002 haben Holzmann und verschiedene der Konzerngesellschaften, insbesondere die imbau Industrielles Bauen GmbH („imbau“), Insolvenzantrag gestellt. Infolge dieser Insolvenz haben die Insolvenzverwalter für Holzmann und für imbau sowie eine Gruppe von Anleihegläubigern die Deutsche Bank informiert, dass sie Ansprüche gegen sie geltend machen könnten wegen ihrer Rolle als Kreditgeber der Holzmann-Gruppe vor und nach der Restrukturierung und als Führer des Bankenkonsortiums, das die Restrukturierung unterstützt hat. Die angeblichen Forderungen ergäben sich daraus, dass an die Banken geleistete Zahlungen anfechtbar gewesen seien und deshalb an die insolventen Unternehmen zurückgegeben werden müssten. Außerdem sei die Bank als Kreditgeber haftbar wegen der Unterstützung der Banken für eine angeblich undurchführbare Sanierung. Obwohl die Deutsche Bank sich in andauernden Gesprächen befindet, haben einzelne dieser Parteien Klagen eingereicht.

Die Insolvenzverwalterin für imbau hat im August 2004 eine Klage gegen die Deutsche Bank erhoben, mit der behauptet wird, dass Zahlungen (einschließlich Zinsen) in Höhe von 77 Mio€, welche die Deutsche Bank bis 1998 auf einen Kredit an imbau sowie im Zusammenhang mit einer Immobilientransaktion, die Bestandteil der Restrukturierung war, erhalten hat, anfechtbar gewesen seien und deshalb an das insolvente Unternehmen zurückgegeben werden müssten. Einige Anleihegläubiger haben im Dezember 2005 eine Klage gegen die Deutsche Bank erhoben, mit der Schadenersatzansprüche in Höhe von 53 Mio€ wegen ihrer angeblich widerrechtlichen Unterstützung der Holzmann-Sanierung 1999/2000 geltend gemacht werden. Außerdem hat die Gebema N.V. in 2000 eine Klage erhoben, mit der Schadenersatzansprüche in Höhe von 187 Mio€ gegen die Deutsche Bank wegen angeblicher Fehler in den Angebotsunterlagen geltend gemacht werden, auf Grund derer Gebema N.V. 1998 Aktien und Wandelschuldverschreibungen von Holzmann erworben hatte.

UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE

BERLINER BANK

Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition der Berliner Bank ab. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einem Kaufpreis von 681 Mio€ und Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio€ zusammen. Die Allokation des Kaufpreises auf die erworbenen Vermögensgegenstände und Schulden führte auf der Basis vorläufiger Zahlen vom 31. März 2007 zu einem Goodwill von 514 Mio€, sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 45 Mio€ und übrigem Nettovermögen von 123 Mio€. Durch die Akquisition stieg die Bilanzsumme des Konzerns um rund 6 Mrd€. Die Berliner Bank wurde in PBC integriert.

MORTGAGE IT HOLDINGS, INC.

Am 2. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von MortgageIT Holdings, Inc., ab. Alle ausstehenden Aktien des Unternehmens wurden zu einem Kaufpreis von insgesamt 326 Mio€ erworben. Die Anschaffungsnebenkosten betragen 1 Mio€. Zum 31. März 2007 resultierten aus diesem Unternehmenszusammenschluss auf der Basis vorläufiger Zahlen ein Nettovermögen von 179 Mio€ und ein Goodwill von 148 Mio€. Durch die Akquisition stieg die Bilanzsumme des Konzerns um rund 4 Mrd€. MortgageIT Holdings, Inc., wurde unserem Bereich Residential Mortgage Backed Securities in CB&S zugeordnet.

GESCHÄFTE MIT NAHESTEHENDEN DRITTEN

Wie in unserem Finanzbericht 2006 auf den Seiten 208 bis 210 beschrieben, unterhalten wir Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe nahestehender Unternehmen und Personen. Transaktionen mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet. Keines dieser Geschäfte ist oder war für den Konzern wesentlich.

Die Umstellung auf IFRS hatte keinen wesentlichen Effekt auf die Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen, einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Pensionspläne können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Geschäfte mit diesen Plänen sind für den Konzern nicht wesentlich.

Überleitung der Ergebnisse von US GAAP auf IFRS (nicht testiert)

WESENTLICHE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZEN NACH US GAAP UND IFRS

Die wesentlichen Unterschiede zwischen den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns nach US GAAP und nach IFRS werden im Folgenden thematisch zusammengefasst.

US GAAP	IFRS
KONSOLIDIERUNG (A)	
<p>Es werden drei Ansätze verwendet, um eine Konsolidierungspflicht zu ermitteln: Stimmrechte, Variable Interest Entities (VIEs) und Qualifying Special Purpose Entities (QSPEs).</p> <p>Stimmrechte: Ein direkt oder indirekt gehaltener Mehrheitsanteil an den Stimmrechten (mehr als 50%) führt zu einer Konsolidierung, es sei denn, die Beherrschung der Gesellschaft liegt nicht bei den Mehrheitseignern.</p> <p>VIEs: VIEs werden von dem Inhaber finanzieller Interessen („Interest Holder“) konsolidiert, der die Mehrheit der erwarteten Verluste („Expected Losses“) der VIEs trägt oder die Mehrheit der erwarteten Überschüsse („Expected Residual Returns“) erhält, das heißt von dem Meistbegünstigten („Primary Beneficiary“).</p> <p>QSPE: Eine Special Purpose Entity (SPE), die den Kriterien einer Qualifying Special Purpose Entity (QSPE) entspricht, wird nicht konsolidiert.</p>	<p>Operative Gesellschaften („Operating Companies“) sind zu konsolidieren, wenn entweder direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte gehalten wird. Potenzielle Stimmrechte sind mit zu berücksichtigen.</p> <p>Eine Zweckgesellschaft (SPE) ist vom Konzern zu konsolidieren, wenn sie von ihm kontrolliert wird. Folgende Umstände können auf einen Kontrollatbestand hinweisen: Die SPE führt ihre Geschäfte im Namen des Konzerns durch und/oder der Konzern hält die Mehrheit der Chancen und Risiken aus der SPE.</p> <p>Unter IFRS existiert das Konzept der Qualifying Special Purpose Entities (QSPEs) nicht.</p>
KOSTEN DER KREDITVERGABE (B)	
<p>Bestimmte Kosten der Kreditrisikomanagement-Funktion wie zum Beispiel die Kosten, die für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit eines Schuldners entstehen und die über eine Stückkostenrechnung ermittelt werden, sind keine zusätzlichen Kosten, gelten aber als der Kreditvergabe direkt zurechenbar und werden abgegrenzt.</p>	<p>Nur solche Kosten, die der Begebung eines Kredits direkt zurechenbar sind und zusätzlich entstehen, werden bei der Berechnung des Effektivzinses berücksichtigt.</p>
FAIR VALUE OPTION (C)	
<p>Zum Stichtag für die Umstellung auf IFRS hat der Konzern die unter US GAAP zur Verfügung stehende Fair Value Option nicht ausgeübt.</p>	<p>Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen können bei Ersterfassung beziehungsweise Erstanwendung von IFRS als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet designiert werden (Fair Value Option), wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> — eine Inkonsistenz bei Bewertung oder Ansatz („Accounting Mismatch“), die aus der unterschiedlichen Bewertung finanzieller Vermögenswerte oder Verpflichtungen beziehungsweise aus einer unterschiedlichen Erfassung der entsprechenden Gewinne und Verluste entstehen würde, erheblich reduziert wird; — die Vermögenswerte und Verpflichtungen gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Basis des Fair Value gesteuert werden und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen wird und wenn entsprechende Informationen an Mitglieder der Führungsebene ebenfalls auf dieser Basis weitergegeben werden; oder — die Vermögenswerte und/oder Verpflichtungen ein oder mehrere eingebettete Derivate enthalten, welche die Cashflows aus diesen Finanzinstrumenten erheblich verändern. <p>Transaktionskosten in Verbindung mit finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verpflichtungen, die erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden beim erstmaligen Ansatz direkt in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.</p> <p>Die Entscheidung, finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option zu bilanzieren, ist unwiderruflich.</p>

US GAAP	IFRS
NACH DER EQUITY METHODE BILANZIERT E BETEILIGUNGEN (BETEILIGUNGEN VON 3 % - 20 % AN PERSONENGESELLSCHAFTEN UND ÄHNLICHEN GESELLSCHAFTEN) (D)	
Es existieren spezifische Bilanzierungsvorschriften für Personengesellschaften und Gesellschaften ähnlicher Art. Eine Beteiligung von mindestens 3 % muss nach der Equity Methode bilanziert werden, da der mit ihr verbundene Einfluss auf die Gesellschaft als nicht geringfügig gilt („other than minor influence“).	Es existieren keine spezifischen Bilanzierungsvorschriften für Personengesellschaften und ähnliche Gesellschaften. Ein maßgeblicher Einfluss liegt in der Regel bei einem Stimmrechtsanteil in Höhe von 20 % - 50 % vor.
DEFINITION VON DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN (E)	
Derivatekontrakte müssen die Möglichkeit für einen Nettoausgleich vorsehen oder der dem Derivat zu Grunde liegende Basiswert muss direkt gegen Zahlungsmittel verkauft werden können („readily convertible into cash“), um als Derivat eingestuft werden zu können.	Derivatekontrakte müssen nach IFRS keine Möglichkeit für einen Nettoausgleich vorsehen, um als Derivate eingestuft zu werden.
REKLASSIFIZIERUNG VON ZUM VERKAUF BESTIMMTEN FORDERUNGEN AUS DEM KREDITGESCHÄFT IN DIE HANDELSAKTIVA (F)	
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zum Verkauf bestimmt sind, werden zum niedrigeren Wert aus Buch- oder Marktwert ausgewiesen. Provisionen für selbst begebene Kredite werden bei Verkauf des Kredits erfolgswirksam erfasst. Eine temporäre Wertminderung auf zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft wird unter US GAAP erfolgswirksam erfasst.	Die Kategorie „Zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ existiert nicht. Kredite, bei denen die Absicht besteht, sie kurzfristig zu verkaufen, werden als Handelsaktiva klassifiziert.
ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE („AVAILABLE FOR SALE“) (G)	
EIGENKAPITALTITEL Finanzanlagen, deren Fair Value nicht direkt zu ermitteln ist, und sonstiger nicht verbriefter Anteilsbesitz werden unter den sonstigen Finanzanlagen ausgewiesen (enthalten in den sonstigen Aktiva) und zu Anschaffungskosten bewertet, abzüglich nicht temporärer Wertminderungen.	Nicht marktgängige Finanzanlagen und sonstiger nicht verbriefter Anteilsbesitz werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert und zum Fair Value bewertet, sofern der Fair Value verlässlich ermittelt werden kann.
WERTPAPIERE „AVAILABLE FOR SALE“ – BEHANDLUNG VON WECHSELKURSÄNDERUNGEN Änderungen des Fair Value von zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapieren auf Grund von Wechselkursänderungen werden im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) ausgewiesen und beim Verkauf des Wertpapiers erfolgswirksam erfasst.	Änderungen des Fair Value von festverzinslichen Wertpapieren „Available for Sale“ auf Grund von Wechselkursänderungen werden erfolgswirksam ausgewiesen.
WERTMINDERUNG VON ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN VERMÖGENSWERTEN Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapieren können nicht rückgängig gemacht werden, wenn das Wertpapier nicht länger als wertgemindert einzustufen ist.	Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Schuldtiteln sind rückgängig zu machen, wenn sich der Fair Value zu einem späteren Zeitpunkt erhöht und die Erhöhung anhand objektiver Kriterien mit einem Ereignis nach Erfassung der nicht temporären Wertminderung in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in Verbindung gebracht werden kann.
FINANZANLAGEN, DIE EINER VERKAUFSRESTRIKTION UNTERLIEGEN Wird eine Finanzanlage, die einer Verkaufsrestriktion unterliegt, von einer Gesellschaft gehalten, die in den Vereinigten Staaten als „Broker Dealer“ reguliert wird, dann wird sie zum Fair Value bilanziert, und Wertveränderungen werden erfolgswirksam erfasst.	Finanzanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert und Wertveränderungen werden im Eigenkapital erfasst.

US GAAP	IFRS
AUSBUCHUNG FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE (H)	
<p>Die Ausbuchung beruht in erster Linie auf dem Konzept der Verfügungsmacht.</p> <p>Die Reihenfolge bezüglich der Analyse, ob ein echter Verkauf („True Sale“) stattgefunden hat oder die Konsolidierungserfordernis zu beurteilen ist, besteht darin, zunächst die Frage des echten Verkaufs zu beurteilen und dann die Notwendigkeit der Konsolidierung.</p> <p>Für Repos und Reverse Repos gelten spezielle Bilanzierungsregeln: Eine Besicherung von nahezu 100% ist erforderlich, um die Transaktion als eine Finanzierung behandeln zu können.</p>	<p>Die Ausbuchung basiert auf dem Konzept des Transfers von Risiken und Chancen. Das Konzept der Verfügungsmacht wird nur dann berücksichtigt, wenn die Risiken und Chancen weder im Wesentlichen übertragen noch zurückbehalten wurden.</p> <p>Vor Anwendung der Ausbuchungskriterien muss der Konsolidierungskreis des Konzerns festgelegt werden.</p> <p>Eine Teilausbuchung übertragener Vermögenswerte kann erfolgen, wenn der Konzern im Zusammenhang mit der Übertragung weiterhin ein anhaltendes Engagement zurückbehält („Continuing Involvement“).</p>
IMMOBILIEN UND LEASING (I)	
<p>GEWINNE AUS SALE-AND-LEASEBACK-TRANSAKTIONEN</p> <p>Gewinne aus einer Sale-and-Leaseback-Transaktion, die als Operating Lease qualifiziert, werden abgegrenzt und über die Laufzeit des Leasingvertrags erfolgswirksam erfasst.</p>	<p>Gewinne aus einer Sale-and-Leaseback-Transaktion, die als Operating Lease qualifiziert, werden unmittelbar erfolgswirksam erfasst, sofern der Verkauf zum Fair Value durchgeführt wurde.</p>
<p>WERTMINDERUNG VON ANLAGEOBJEKTEN</p> <p>Das Vorliegen einer Wertminderung wird festgestellt, indem die nicht diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows aus der Immobilie beurteilt werden.</p>	<p>Das Vorliegen einer Wertminderung wird anhand einer Barwertmethode beurteilt, wobei ein Diskontierungsfaktor auf die erwarteten zukünftigen Cashflows angewandt wird.</p>
AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG (J)	
<p>AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG – VORGEZOGENER RUHESTAND</p> <p>Räumt ein Vergütungsplan einem Mitarbeiter ab einem bestimmten Alter und/oder einer bestimmten Dienstzeit das Recht ein, nach dem Ausscheiden aus dem Konzern seine Ansprüche zu behalten, wird der Aufwand vorzeitig bis zu dem Datum vollständig erfasst, an dem der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt. Die Regelungen bezüglich des Anspruchs auf einen vorgezogenen Ruhestand werden prospektiv für Vergütungen angewandt, die nach dem 1. Januar 2006 gewährt wurden.</p>	<p>Die Regelungen bezüglich des Anspruchs auf einen vorgezogenen Ruhestand (beschleunigte Erfassung des Aufwands) finden auf alle Vergütungen Anwendung, die nach dem 7. November 2002 gewährt wurden.</p>
<p>AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG – VERFALLENDEN ANSPRÜCHE</p> <p>Es ist vorgeschrieben, den Personalaufwand auf Basis der gesamten Zahl an Aktien, die voraussichtlich während der Dienstzeit unverfallbar werden (abzüglich der erwarteten verfallenden Ansprüche), zu erfassen. Der Personalaufwand wird ab dem 1. Januar 2006 nicht mehr auf Basis der tatsächlich verfallenden Ansprüche erfasst.</p>	<p>Das Konzept der voraussichtlich verfallenden Ansprüche ist auf alle aktienbasierten Vergütungen anzuwenden, die nach dem 7. November 2002 gewährt wurden.</p>

US GAAP	IFRS
PENSIONEN (K)	
<p>PENSIONEN – KUMULIERTE VERSICHERUNGSMATHEMATISCHE GEWINNE UND VERLUSTE</p> <p>Ab dem 31. Dezember 2006 werden alle nicht berücksichtigten Gewinne/Verluste zum Jahresende als Teil des kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolgs („Accumulated Other Comprehensive Income“, „OCI“) ausgewiesen.</p> <p>Der Konzern wendet den „Korridor“-Ansatz an, bei dem versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in Höhe von mehr als 10% des höheren Werts von Planvermögen und -verbindlichkeiten zu gleichen Beträgen erfolgswirksam über die verbleibenden Dienstzeiten der aktiven Mitarbeiter erfasst werden.</p>	<p>Bei der Umstellung der Rechnungslegung hat der Konzern im Einklang mit den Umstellungsvorschriften von IFRS 1 alle kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im Eigenkapital erfasst.</p> <p>Zukünftig wird für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste der „Korridor“-Ansatz angewendet.</p>
<p>PENSIONEN – LANGFRISTIG FÄLLIGE LEISTUNGEN</p> <p>Es gibt keine spezifischen Bewertungsregelungen.</p>	<p>Langfristig fällige Leistungen müssen unter Anwendung einer versicherungsmathematischen Methode bewertet werden.</p>
DERIVATE AUF DEUTSCHE BANK-AKTIE (L)	
<p>Derivate, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zu Grunde liegen und bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgen muss, werden als Derivate klassifiziert.</p>	<p>Derivate, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zu Grunde liegen und bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgen muss, werden als Eigenkapitalinstrumente klassifiziert.</p> <p>Für geschriebene Verkaufsoptionen auf Deutsche Bank-Aktien, bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgt, wird der Barwert des Rückzahlungsbetrags als Verbindlichkeit erfasst. Die Verbindlichkeit wird über die Laufzeit der Optionen unter Anwendung der Effektivzinsmethode auf den Rückzahlungsbetrag aufgezinst. Die Aufzinsung erfolgt zu Lasten des Zinsaufwands.</p>
STEUERN (O)	
<p>LATENTE STEUERN AUF AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN</p> <p>Ist in einem Land ein Steuerabzug für Aufwendungen im Zusammenhang mit aktienbasierter Vergütung erlaubt, kann die Höhe des zulässigen Steuerabzugs von dem in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfassten kumulierten Personalaufwand abweichen und/oder der Abzug könnte erst in einem späteren Berichtszeitraum erlaubt sein, beispielsweise bei Lieferung der Aktien.</p> <p>Die positive oder negative Differenz zwischen dem steuerlich abzugsfähigen Personalaufwand und dem im Finanzbericht ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand darf erst bei Lieferung der Aktien an den Mitarbeiter erfasst werden. Tax Benefits sind in der Kapitalrücklage, Tax Shortfalls in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen.</p> <p>Eine Erfassung in der Kapitalrücklage erfolgt nur, wenn die jeweilige Gesellschaft/Steuereinheit tatsächlich Steuern zahlt.</p> <p>Es gibt die Möglichkeit, Tax Shortfalls mit Tax Benefits aus derselben oder aus früheren Berichtsperioden aufzurechnen.</p>	<p>Zusätzlich zu der Erfassung überschüssiger Tax Benefits/Shortfalls bei der Lieferung von Aktien muss die Differenz zwischen dem erwarteten künftigen steuerlich abzugsfähigen Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen und dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand (i) auf Grundlage des aktuellen Aktienkurses geschätzt und (ii) zu jedem Bilanzstichtag berücksichtigt werden.</p> <p>Da gemäß IFRS der Ausweis des erwarteten zukünftig steuerlich abzugsfähigen Personalaufwands zulässig ist, wäre eine Erfassung in der Kapitalrücklage nur dann nicht gestattet, wenn abzusehen ist, dass die Gesellschaft nicht in der Lage sein wird, den höheren steuerlichen Aufwand zu nutzen.</p> <p>Die Möglichkeiten, Tax Shortfalls mit Tax Benefits zu verrechnen, sind begrenzt.</p>
<p>LATENTE STEUERN UND AUSGLEICH DES ERTRAGS AUS STEUERSATZÄNDERUNGEN AUF WERTPAPIERE „AVAILABLE FOR SALE“</p> <p>Die Auswirkungen von Änderungen des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung sind im Gewinn aus operativer Geschäftstätigkeit auszuweisen, auch wenn die ursprünglichen latenten Steuern im Eigenkapital erfasst wurden.</p>	<p>Änderungen des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung sind in Übereinstimmung mit der Transaktion selbst zu bilanzieren. Wurden die zu Grunde liegenden temporären Wertunterschiede und zugehörigen latenten Steuern im Eigenkapital erfasst, muss eine durch eine Änderung des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung bedingte Anpassung ebenfalls im Eigenkapital erfasst werden.</p>

Die nachstehenden Tabellen zeigen die Überleitung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das erste Quartal 2006 und für die Bilanz zum 31. März 2006 von US GAAP auf IFRS. Die Überleitungen weiterer Vergleichsperioden finden sich in dem am 19. April 2007 veröffentlichten Bericht zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS.

ÜBERLEITUNG VON GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG UND BILANZ

US GAAP-/IFRS-ÜBERLEITUNGEN

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	US GAAP	Reklassifizierung	Bewertungsanpassungen				
			Konsolidierung	Kosten der Kreditvergabe	Fair Value Option	Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	Definition von derivativen Finanzinstrumenten
			(A)	(B)	(C)	(D)	(E)
in Mio €							
1. Quartal 2006							
Zinserträge	12.485	5	405	22	-	3	-
Zinsaufwendungen	10.881	12	412	-	-	-	1
Zinsüberschuss	1.604	-7	-7	22	-	3	-1
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	10	-10	-	-	-	-	-
Zinsüberschuss nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.594	-1.594	-	-	-	-	-
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	1	-2	-	-	-	-
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	1.596	-5	22	-	3	-1
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	937	-937	-	-	-	-	-
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	1.286	-1.286	-	-	-	-	-
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	656	-656	-	-	-	-	-
Provisionsüberschuss	-	2.825	-22	-	-	-	-
Handelsergebnis	2.970	-2.970	-	-	-	-	-
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	-	3.116	19	-	17	-1	-8
Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“	42	-42	-	-	-	-	-
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-	84	1	-	-	-	-
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	271	-1	-1	-	-	-6	-
Sonstige Erträge	224	-122	24	2	1	-	-
Zinsunabhängige Erträge	6.386	10	21	2	18	-7	-8
Personalaufwand	3.624	-	-	40	-	-	-
Mieten und Unterhaltskosten für Gebäude	250	-250	-	-	-	-	-
Betriebs- und Geschäftsausstattung	42	-42	-	-	-	-	-
EDV-Aufwendungen	373	-373	-	-	-	-	-
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	271	-271	-	-	-	-	-
Kommunikation und Datenadministration	158	-158	-	-	-	-	-
Sonstige Aufwendungen	615	-615	-	-	-	-	-
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	-	1.707	18	1	-	-	-
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	42	-	-	-	-	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen	5.375	-1	18	41	-	-	-
Ergebnis vor Steuern	2.605	13	-2	-17	18	-4	-9
Ertragsteueraufwand	941	-	5	-	-	-	-
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen 1999/2000	-	-	-	-	-	-	-
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	46	-	-	-	-	-	-
Jahresüberschuss	1.710	13	-8	-	-	-	-
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	-	13	-	-	-	-	-
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.710	-	-8	-17	18	-4	-9

nach Bilanzierungsthemen											IFRS
Reklassifizierung von zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft in die Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte	Immobilien & Leasing	Aktienbasierte Vergütung	Pensionen	Derivate auf Deutsche Bank Aktien	Währungsumrechnung	Sonstige	Steuern	Bewertungsanpassungen insgesamt	
(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
-	-	11	-	-	-	-	-	7	21	469	12.959
-	-	7	-	-	-	9	-	-	-	428	11.321
-	-	4	-	-	-	-9	-	7	21	41	1.638
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	3	-	-	-	-	-	-	7	-	8	9
-	-3	4	-	-	-	-9	-	-	21	33	1.629
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-10	2.815
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-12	7	-24	-	-	-	-43	-	2	-	-44	3.072
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	85
-	-	1	-	-	-	-	1	3	-	-2	268
-	-25	30	-	-	-	-	-	-	-	33	135
-	-17	6	-	-	-	-43	1	5	-	-21	6.375
-	-	-	-	-26	-16	-	-	-	-	-2	3.622
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	11	3	-	-	-	-	-	-	32	1.739
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42
-	-	11	3	-26	-16	-	-	-	-	29	5.403
-	-19	-	-2	26	16	-52	1	5	21	-17	2.601
-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	11	952
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-68	-8	-	-	-	30	-46	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	46	-74	1.649
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13
-	-19	-	-2	-42	8	-52	1	5	46	-74	1.636

Konzernbilanz	US GAAP	Brutto- darstel- lung	Reklassi- fizierung	Bewertungsanpassungen				
				Konsoli- dierung	Kosten der Kreditver- gabe	Fair Value Option	Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligun- gen	Definition von deriva- tiven Finanzin- strumenten
in Mio €				(A)	(B)	(C)	(D)	(E)
Bestand per 31. März 2006								
Barreserve	6.931	-	-	-7	-	-	-	-
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	15.893	-	-	304	-	-	-	-
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	118.288	30.749	- 136.662	-	-	-	-	-
Forderungen aus Wertpapierleihen	111.638	10.531	- 54.078	-	-	-	-	-
Handelsaktiva	471.554	-	- 471.554	-	-	-	-	-
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	-	313.310	690.065	11.923	-	- 64	-	7
Wertpapiere „Available for Sale“	22.881	-	- 22.881	-	-	-	-	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-	7	25.087	10.829	-	-	60	-
Sonstige Finanzanlagen	4.492	-	- 4.492	-	-	-	-	-
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	-	-	2.534	- 84	-	-	9	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	156.638	-	- 1.224	13.575	- 276	-	-	-
Sachanlagen	4.924	- 177	- 1.719	42	-	-	-	-
Goodwill	7.051	-	- 7.051	-	-	-	-	-
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.180	-	- 1.180	-	-	-	-	-
Immaterielle Vermögenswerte	-	26	8.321	1	-	-	-	-
Sonstige Aktiva	113.050	114.222	- 30.813	195	- 7	-	-	-
Steuerforderungen	-	-	5.647	115	-	-	-	-
Summe der Aktiva	1.034.520	468.669	-	36.892	- 284	- 64	69	7
Einlagen	373.928	-	- 1.531	- 1.171	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	181.639	41.280	- 115.273	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	9.406	-	- 634	-	-	-	-	-
Handelspassiva	210.239	-	- 210.239	-	-	-	-	-
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	-	313.458	341.938	167	-	209	-	44
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	18.381	-	23	26.165	-	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	88.521	113.931	- 11.481	973	- 7	-	-	1
Rückstellungen	-	-	1.956	-	-	- 2	-	-
Steuerverbindlichkeiten	-	-	7.791	204	-	-	-	-
Langfristige Verbindlichkeiten	117.326	-	- 12.488	5.398	-	-	-	-
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	-	-	- 690	5.215	-	-	-	-
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	4.319	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Verbindlichkeiten	1.003.759	468.669	- 628	36.952	- 7	207	-	45
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.325	-	-	-	-	-	-	-
Kapitalrücklage	14.186	-	-	-	-	-	-	-
Gewinnrücklagen	21.822	-	-	- 114	- 277	- 283	9	- 39
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 1.022	-	-	-	-	-	-	-
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	- 4.319	-	-	-	-	-	-	-
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg	- 1.231	-	1.231	-	-	-	-	-
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne (Verluste), nach Steuern	-	-	- 1.231	55	-	11	61	-
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	30.761	-	- 1	- 59	- 277	- 272	69	- 39
Minderheitsanteile	-	-	629	-	-	-	-	-
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	30.761	-	628	- 59	- 277	- 272	69	- 39
Summe der Passiva	1.034.520	468.669	-	36.892	- 284	- 64	69	7

nach Bilanzierungsthemen											IFRS
Reklassifizierung von zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft in die Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte	Immobilien & Leasing	Aktienbasierte Vergütung	Pensionen	Derivate auf Deutsche Bank Aktien	Währungsumrechnung	Sonstige	Steuern	Bewertungsanpassungen insgesamt	
(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-6	6.925
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	304	16.197
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12.375
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	68.092
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
43	-	1.869	-	-	-	- 510	-	14	-	13.281	1.016.656
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	241	-	-	-	-	-	-	1	-	11.131	36.225
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-75	2.459
-	-3	1.378	-	-	-	-	-	-	-45	14.629	170.043
-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	43	3.071
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	8.348
-	-	-586	-74	-	-864	-	-	-	-	-1.338	195.121
-	-	-	-	-	-	-	-	-	955	1.070	6.717
43	238	2.661	-74	-	-865	-510	1	15	910	39.040	1.542.229
-	-	4.763	-	-	-	-	-	-	-	3.592	375.989
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	107.646
-	-	-153	-	-	-	-	-	-	-	-153	8.619
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-875	-	-	-	-343	-	-	-	-796	654.600
-	-	-100	-	-	-	-	-	-	-	26.064	44.468
-3	-15	299	-133	53	143	-	-	3	-	1.313	192.284
-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1.957
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-350	-146	7.645
-	-	-1.232	-	-	-	-2	-	-	-	4.165	109.003
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.215	4.525
-	-	-	-	-	-	1.166	-	-	-	1.166	5.485
-3	-12	2.701	-133	53	143	821	-	3	-350	40.421	1.512.221
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.325
-	-	-	-	532	-	-110	-	-	396	818	15.004
46	-30	-39	59	-585	-1.021	-66	-1.370	12	-1.237	-4.935	16.888
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-1.022
-	-	-	-	-	-	-1.156	-	-	-	-1.156	-5.475
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	279	-	-	-	13	-	1.370	-	2.101	3.891	2.659
46	250	-39	59	-53	-1.007	-1.331	1	12	1.260	-1.381	29.379
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	629
46	250	-39	59	-53	-1.007	-1.331	1	12	1.260	-1.381	30.008
43	238	2.661	-74	-	-865	-510	1	15	910	39.040	1.542.229

Sonstige Informationen

VALUE-AT-RISK DER HANDELSBEREICHE^{1, 2}

in Mio €	Insgesamt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Durchschnitt ³	77,5	69,5	51,4	51,0	52,6	41,7	12,3	14,1	11,2	11,8
Maximum ³	86,2	82,0	59,9	66,1	60,6	60,2	19,3	46,2	18,0	25,0
Minimum ³	66,5	58,3	42,7	42,1	48,4	31,4	5,9	4,5	5,7	5,2
Periodenende ⁴	76,2	76,9	49,8	50,3	52,5	53,0	14,6	12,2	9,5	5,4

1 Alle Angaben für 1 Tag Haltedauer; 99 % Konfidenzniveau.

2 Value-at-risk ist nicht additiv auf Grund von Korrelationseffekten.

3 Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb derer sich die Werte im 1. Quartal 2007 beziehungsweise im Geschäftsjahr 2006 bewegten.

4 Angaben für 2006 per 31. Dezember 2006; Angaben für 2007 per 31. März 2007.

ZIELGRÖSSENDEFINITION

Signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen oder Geschäftsfeldern) oder signifikante Belastungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Goodwillabschreibungen oder Aufwendungen aus rechtlichen Risiken) werden in unserer Zielgrößendefinition unberücksichtigt gelassen, wenn diese keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg unserer Kerngeschäftsfelder haben. Unsere Ziele werden auf dieser Basis gemessen.

EIGENKAPITALRENDITE VOR STEUERN (BASIEREND AUF DEM DURCHSCHNITTLICHEN ACTIVE EQUITY GEMÄSS ZIELGRÖSSENDEFINITION)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006	Veränderung
Ergebnis vor Steuern	3.163	2.601	22 %
Abzüglich Minderheitsanteile	- 11	- 13	- 16 %
Den DB Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern	3.153	2.587	22 %
Zuzüglich/abzüglich (-):			
Signifikante Gewinne (abzüglich dazugehöriger Kosten)	- 252 ¹	- 131 ²	92 %
Signifikante Belastungen	-	-	N/A
Den DB Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern (Zielgrößendefinition)	2.901	2.456	18 %
Durchschnittliches den DB Aktionären zurechenbares Eigenkapital	34.194	28.981	18 %
Zuzüglich/abzüglich (-):			
Durchschnittliche unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren und durchschnittliche Fair-Value-Anpassungen von Cashflow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern)	- 3.435	- 2.839	21 %
Durchschnittliche Dividendenabgrenzungen	- 2.500	- 1.605	56 %
Durchschnittliches Active Equity	28.259	24.537	15 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	36,9 %	35,7 %	1,2 Ppkt.
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	44,6 %	42,2 %	2,4 Ppkt.
Eigenkapitalrendite vor Steuern (Zielgrößendefinition)	41,1 %	40,0 %	1,1 Ppkt.

N/A – Nicht aussagefähig

1 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A.) in Höhe von 128 Mio € und Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio €, nach Abzug von 54 Mio € Goodwillabschreibung.

2 Gewinn aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO in Höhe von 131 Mio €.

DURCHSCHNITTLICHES ACTIVE EQUITY: Wir berechnen das Active Equity, um einen Vergleich mit unseren Konkurrenten zu vereinfachen. Dieses fließt in die Berechnung verschiedenster Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich unserer Kennzahlen, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen, sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtig werden.

sichtigt werden. Die Positionen, um die wir unser durchschnittliches, den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital bereinigen, sind durchschnittliche unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren und durchschnittliche Fair-Value-Anpassungen von Cashflow-Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen wird und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird.

EIGENKAPITALRENDITE VOR STEUERN (BASIEREND AUF DEM DURCHSCHNITTLICHEN EIGENKAPITAL): Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich von Minderheitsanteilen, am den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital.

EIGENKAPITALRENDITE VOR STEUERN (BASIEREND AUF DEM DURCHSCHNITTLICHEN ACTIVE EQUITY): Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich von Minderheitsanteilen, am durchschnittlichen Active Equity.

EIGENKAPITALRENDITE VOR STEUERN (BASIEREND AUF DEM DURCHSCHNITTLICHEN ACTIVE EQUITY GEMÄSS ZIELGRÖSSENDEFINITION): Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand gemäß Zielgrößendefinition (annualisiert), in dem signifikante Gewinne und Belastungen unberücksichtigt bleiben, am durchschnittlichen Active Equity.

ERGEBNIS JE AKTIE (VERWÄSSERT, ZIELGRÖSSENDEFINITION)

in Mio €	1. Quartal 2007	1. Quartal 2006	Veränderung
Den DB Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	2.121	1.636	30 %
Zuzüglich/abzüglich (-):			
Signifikante Gewinne (abzüglich dazugehöriger Kosten), nach Steuern	- 197 ¹	- 131 ²	50 %
Signifikante Effekte aus Ertragsteuern	-	-	N/A
Den DB Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (Zielgrößendefinition für EPS)	1.924	1.505	28 %
Ergebnis je Aktie (verwässert)	4,28 €	3,11 €	38 %
Ergebnis je Aktie (verwässert, Zielgrößendefinition)	3,88 €	2,87 €	35 %

N/A – Nicht aussagefähig

1 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A.) in Höhe von 126 Mio € und Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 125 Mio €, nach Abzug von 54 Mio € dazugehöriger Goodwillabschreibung.

2 Gewinn aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO in Höhe von 131 Mio €.

ERGEBNIS JE AKTIE (VERWÄSSERT): Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis, das sich aus dem Gewinn nach Steuern abzüglich des den Minderheitsanteilen zurechenbaren Konzernergebnisses zusammensetzt, nach angenommener Wandlung, geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung.

ERGEBNIS JE AKTIE (VERWÄSSERT, GEMÄSS ZIELGRÖSSENDEFINITION): Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (gemäß Zielgrößendefinition für EPS), das sich aus dem Gewinn nach Steuern abzüglich des den Minderheitsanteilen zurechenbaren Konzernergebnisses und abzüglich/zuzüglich signifikanter Gewinne/Belastungen sowie signifikanter Effekte aus Ertragsteuern zusammensetzt, nach angenommener Wandlung, geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung.

Impressum

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10-00
deutsche.bank@db.com

Investor Relations:
(0 69) 9 10-3 80 80
db.ir@db.com

Der Zwischenbericht im Internet:
www.deutsche-bank.de/1Q2007

Hinweise zum Inhalt

Die in diesem Bericht enthaltenen Informationen sind kein vollständiger Abschluss gemäß IAS 1 und IFRS 1. Deshalb kann es im Zusammenhang mit der Erstellung des vollständigen Konzernabschlusses 2007 zu Anpassungen kommen. Die Segmentberichterstattung beruht auf den Bestimmungen nach IFRS 8: „Operating Results“. Während IFRS 8 vom International Accounting Standards Board (IASB) bereits verabschiedet ist, steht die Übernahme durch die Europäische Union noch aus.

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ergebnisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 27. März 2007 auf den Seiten 9 bis 15 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

WICHTIGE TERMINE

2007

24. Mai 2007	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
25. Mai 2007	Dividendenzahlung
01. August 2007	Zwischenbericht zum 30. Juni 2007
31. Oktober 2007	Zwischenbericht zum 30. September 2007

2008

07. Februar 2008	Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2007
26. März 2008	Geschäftsbericht 2007 und Form 20-F
29. April 2008	Zwischenbericht zum 31. März 2008
29. Mai 2008	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
30. Mai 2008	Dividendenzahlung
31. Juli 2008	Zwischenbericht zum 30. Juni 2008
30. Oktober 2008	Zwischenbericht zum 30. September 2008
